

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
zelle oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (setz-
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengefährde und Schluß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis halbjährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnnummer 6 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkheint täglich außer Montags.

Aufruf zur weiteren Unterstützung der Aus- gesperrten und Streikenden in Schweden.

Der Kampf der schwedischen Arbeiterschaft gegen die Massenarbeitslosigkeit des organisierten Unternehmertums geht nun bereits in die sechste Woche. Mit beispielloser Entschlossenheit und Zähigkeit haben die schwedischen Proletarier ihren großen Kampf geführt. Fünf Wochen lang standen zirka 75 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft des Landes im allgemeinen Ausstand ohne reguläre Unterstützung. Nur den Bedürftigsten konnte eine Beihilfe gewährt werden. Selbst die 100 000 Unorganisierten, die sich aus Solidarität dem Kampfe angeschlossen haben, hielten bis auf einzelne Ausnahmen tapfer aus.

Nach fünfwöchigem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände jetzt beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen. Der Kampf soll im weiteren sich nur gegen den einen großen Unternehmerverband richten, der ihn durch Lohnreduktionen und Massenarbeitsentlassungen heraufbeschworen hat.

Im Organisationsbereich dieses Unternehmerverbandes sind rund 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriezweige beschäftigt. Diese werden den Kampf weiterführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigender Abschluß zustande kommt.

Dagegen sollen nach dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände zirka 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, der Bauindustrie, der Gemeindebetriebe, Straßenbahnen und der Buchdruckereien die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit den hier beteiligten Unternehmerorganisationen zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen sind. Aber auch diese Wiederaufnahme der Arbeit kann sich nicht überall glatt vollziehen, weil die Gemeindebetriebe und die Straßenbahngesellschaften wie auch zum Teil die Buchdruckereien den Arbeitern entsprechende persönliche Verträge aufzwingen wollen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des aussperrenden Unternehmertums gestellt. Sie will den Unternehmern zum Siege verhelfen, indem sie alle Machtmittel des Massenstaates in deren Dienst stellt. Die Arbeiterschaft steht daher einem mächtigen Feinde gegenüber, der kein Machtmittel zu ihrer Unterdrückung unversucht läßt.

Durch die beschlossene Frontänderung werden die Gewerkschaften etwa 165 000 Mitglieder im Kampfe behalten. Sie wie ihre Mitglieder sind fest entschlossen, in diesem Umfang den Kampf fortzuführen.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, wie die bürgerliche Presse glaubhaft machen will, er ist auch nicht im Abflauen begriffen, er ist nur in seinem Umfang eingeschränkt, in seiner Wirkung auf eine der verschiedenen Arbeitgebergruppen konzentriert. Mehr als 160 000 Arbeiter stehen noch im Ausstand, in der Erwartung, daß ein ehrlicher Friede unter annehmbaren Bedingungen ihren opfervollen Kampf lohnt. Das ist nicht nur der Wunsch der Arbeiter Schwedens, sondern der Arbeiterschaft aller Länder, soweit sie an dem Kampfe der schwedischen Arbeiter Anteil nehmen. Die deutschen Arbeiter insbesondere, die bisher in so rühmlicher Weise die schwedischen Arbeitsgenossen unterstützt haben, werden begreifen, daß es nunmehr gilt, einen mit so beispielloser Einmütigkeit und Disziplin geführten Kampf auch zum glücklichen Siege zu bringen. Wir hoffen daher an unsere Genossen nicht vergebens zu appellieren mit der Aufforderung, die Sammlungen für Schweden mit unverminderter Energie fortzusetzen und nicht eher nachzulassen, als bis sie von der Generalkommission durch öffentlichen Aufruf als beendet erklärt werden.

Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, diese Sammlungen durch öffentliche Versammlungen unter Darlegung des derzeitigen Standes der Dinge zu fördern.

Alle Geldsendungen sind nach wie vor nur an die Adresse des Kassierers der Generalkommission, G. Rube, Berlin SO. 16, Engelufer 15, zu richten. Auf dem Postabschnitt ist angegeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist.

Mit Gruß

die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Regien.

Die Landratsregierung.

Zur Frage der preussischen Verwaltungsreform wird uns von einem früheren Verwaltungsbeamten geschrieben:

Soll die geplante preussische Verwaltungsreform ein nennenswertes Ergebnis haben, so muß die heutige Landratsregierung fallen. Die erste aller Forderungen lautet deshalb: Preußen muß in große leistungsfähige Gemeinden geteilt und den Verwaltungen dieser Gemeinden derselbe Wirkungskreis gegeben werden wie in Oesterreich für staatliche Geschäfte aus eigenem Rechte. Damit wäre die Landratsregierung erledigt. Deshalb bei unseren Reaktionsären die Angst vor dem Erstarken des preussischen Gemeindelebens, deshalb der fortgesetzte Ausbau der Kreisordnung, das Streben nach Stärkung der Macht des Landrats. Es gibt nur eins: Kreis oder Gemeinde! Die Reaktion regiert uns so, daß die Gemeinde verflümmert als zertretenes, belastetes, unterstes Staatsorgan, die Kompetenzen des Kreises aber immer mehr wachsen. Der Kreis soll sich zu einer Art Zentralgemeinde auswaschen. Er hat eine Art Selbstverwaltung, die in Wirklichkeit aber fast stets eine Landratsregierung ist. Die Kreissteuern lähmen die Finanzkraft der Gemeinden. Die Gemeinde ist etwas demokratisches, der preussischen Reaktion seit jeher verhaßtes. Der Kreis ist deswegen dazu berufen, der Gemeinde das Geld, die Aufgaben, die Betätigung im öffentlichen Leben, die Selbstständigkeit zu nehmen, sie pekuniär zu schmälern, zu bebormunden und politisch zu beeinflussen. Ottavio Freiherr v. Zedlitz hat einmal die Kreisordnungen als die gelungensten Schöpfungen der Verwaltungsgelehrte bezeichnet. Er wußte wohl weshalb. Im Kreise spielt der Wahlverband der Großgrundbesitzer die große Rolle. Im Kreisausschuß ist nie ein Proletarier, selten auch ein Liberaler. Die preussischen Kreisausschüsse sind infolge der Eisenburgischen Kreisordnung die reaktionärsten Behörden der Monarchie. Sie verschulden es, daß kein Amtsvorsteher, fast kein Gemeindevorsteher ausgesprochen liberal oder gar sozialdemokratisch ist. Niemals könnten die preussischen Landräte politisch so wirksam tätig sein, wenn sie nicht die reaktionären Kreisausschüsse zur Seite hätten.

Noch etwas anderes kommt hinzu. Das offizielle Preußen ist bestrebt, in die ganze Verwaltung dadurch reaktionäre Politik zu tragen, daß an Stelle der technischen Behörden immer mehr politische treten, oder daß technische und politische Behörden unfruchtbar verquickelt werden. Weshalb ist denn der Oberpräsident Vorsitzender des Provinzialschulkollegiums, doch nur, um die technische Schulbehörde politisch zu überwachen. Ebenso soll der Landrat nach dem Projekt des Ministers v. Wolke demnächst Vorsitzender der Kreisfachschulbehörde werden. Man will ihm den Schulinspektor und die Volksschullehrer unterstellen, wie man die Gymnasiallehrer und Schulräte dem Oberpräsidenten unterstellt hat.

Das Wohl des Landes verlangt technische Behörden, keine politischen, auch keine gemischten. Wir Staatsbürger danken dafür, daß aus unseren Steuern Leute besoldet und angestellt werden, um das Land und die ganze Verwaltung mit reaktionären Ideen zu verseuchen und die Kulturentwicklung aufzuhalten. Der Landrat als politischer Beamter, als Vorsitzender einer Kreisfachschulbehörde ist nicht überflüssig, nein, vom patriotischen Standpunkt aus sogar gemeingefährlich. Deshalb braucht nicht gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet zu werden. Die Zusammenfassung mehrerer Gemeinden im Kreise kann für die Kultur dieser Gemeinden ebensoviel Bedeutung haben, wie die Zusammenfassung der Gewerbetreibenden einer Gegend zu Handelskammern. Die alten Kreise vor der Kreisordnung waren Chausseebauverbände. Der Landrat hatte keine Kommunalaufsicht über die Gemeinden. Die reaktionären Kreisfachschulbehörden waren damals unbekannt. Ein Kreisverband dürfte für die neu zu schaffenden großen leistungsfähigen Gemeinden ungewisslich nützlich und deshalb beizubehalten sein. Für die Kreiseingefessenen aber wäre dasselbe Wahlrecht zu fordern wie für die Gemeindeingefessenen, nämlich ein direktes, geheimes und gleiches, nach welchem sie den Landrat zu wählen hätten. Nach einem solchen Wahlrecht würden wohl kaum noch Landräte gewählt werden, die die städtische Entwicklung hemmen und die Landleute gegen die Stadt, die Stadt gegen die Landleute auspielen. Die Kreisvertretung würde nicht mehr aus Junkern und großen Delonomen bestehen mit einem schüchternen Stadtrat als ängstlichen Vertreter städtischer Interessen.

Von selbst versteht sich, daß Landrat und Kreisvertretung keine Rechte über die Gemeinden erhalten dürften, sondern ein sich aus der Zusammenfassung mehrerer Gemeinden ergebendes Arbeitsgebiet hergestellt würde, das ebenso, wie früher vor der Kreisordnung, vor allem interlokal sein und im Wege- und Bahnbau, Arbeitsvermittlung, Schulbildung, dem Bau von elektrischen Zentralen, Abdeckereien usw. bestehen würde. Es gibt in der Verwaltung eine ganze Reihe von Aufgaben, die nicht lokal, sondern am besten interlokal zu lösen sind, wie die schon erwähnten. Diese Aufgaben ergeben sich von selbst. Die Abgrenzung gegenüber den Gemeindeaufgaben ist sehr viel leichter, als man sich denkt. In der Tat haben sich jetzt schon die Kreise öfters dieser Aufgaben bemächtigt. Da aber im Kreise so viel minderwertige unentwidelte

Zwerggemeinden liegen, geht vielfach der Kreis ganz munter an Gemeindeaufgaben heran, errichtet Krankenhäuser, Sparkassen, kurz, benimmt sich so, als ob er die Gemeinde sei und den einzelnen Gemeinden ihre Aufgaben abnehmen dürfe. Die Bedeutungslosigkeit der Gemeinde wird dadurch immer größer, und das ist vor allem politisch von den übelsten Folgen. Großstädte zeigen, daß alle lokalen Aufgaben sehr viel besser und fast ohne politischen Einschlag durch die Gemeinde erfüllt werden können. Sie muß nur groß und leistungsfähig und demokratisch verwalten sein.

Die Leistungsfähigkeit hängt zum großen Teil davon ab, daß die Gemeinde Betriebsunternehmungen hat. Wenn sie groß genug ist, Gasanstalten und Wasserwerke, Badeanstalten und Schlachthöfe, Gemeindefälle und Werkanlagen zu errichten, wenn sie den Kredit regelt durch bankmäßigen Ausbau einer Gemeindepfandkasse, wobei heutzutage am meisten zu verdienen ist, dann muß sie eine Menge von Kulturaufgaben erfüllen können, besser als der in aristokratischer Grobortigkeit bisher mit Gemeindegeldern wirtschaftende Kreis. Mit ihm dürfte die Gemeinde nur das weiter verbunden, daß er aus niedrig zu haltenden Abgaben für gewisse, ebenso wie jetzt bei der Provinz genau angegebene interlokale Zwecke Sorge trägt. Dann wäre auch nicht der Kampf um gewisse Steuerarten zwischen Kreis und Gemeinde länger möglich. Beide wollen Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer, Konzessionssteuer usw. haben. Beide machen Zuschläge zur Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer. Eine Kreisverwaltung, rein technisch wie heutzutage die preussische Provinzialverwaltung mit zwei bestimmten Aufgaben, wie diese, würde der Gemeindeverwaltung eine Stütze und Ergänzung sein und nicht länger eine Bremse und eine politische Aufsichtsbehörde.

Für die Gemeinde sowohl wie für die Kreisverwaltung würde eine gemeinsame Aufsichtsbehörde genügen, nämlich die Bezirksregierung, die durchweg kollegial zu gestalten wäre. Daß daneben noch ein Oberpräsident bestände, der politische Beamte für die technischen Behörden der Provinz und für die enge Fühlung der Regierung mit dem Landadel, wäre völlig überflüssig. Die technischen Behörden haben Aufsicht genug in den Ministerien. Die doppelte Aufsichtsbehörde für Kreis und Stadtgemeinde ist zudem schon deshalb überflüssig, weil die Entscheidungen des Oberpräsidenten ja doch nie von der der Regierung abweichen. Für die Ausübung der Aufsicht brauchen wir nicht eine Beschwerdebeförde, sondern einen Rechtszug an ein Gericht, nicht aus Regierungsräten, sondern an ein völlig unabhängiges ordentliches Gericht.

Der Riesenkampf in Schweden.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, den 6. September.

Seit die teilweise Wiederaufnahme der Arbeit beschlossene Sache ist, sind Massen von Streikenden, die die Zeit des Kampfes auf dem Lande verbracht, nach der Stadt zurückgekehrt. Auch heute früh mit den ersten Jügen kamen große Scharen von Arbeitern an, um sich, der Parole der Landesorganisation folgend, den Arbeitgebern wieder zur Verfügung zu stellen. In der Stadt sah man größere und kleinere Trupps nach den Betrieben marschieren, oder auch nach dem Volkshaus. Hier und da auf den Straßen sah man Gruppen von Arbeitern stehen, die eifrig über die Wiederaufnahme der Arbeit berieten. Wie bei Wiedernahme jedes großen Kampfes glauben die Unternehmer auch hier zum Teil, den Streikenden gewisse Bedingungen vorschreiben oder eine Auswahl treffen zu können. Daß die Arbeiter darauf nicht so ohne weiteres eingehen, ist ja klar, denn ihr Kampfesmut ist keineswegs gebrochen. So geht denn auch die Arbeitsaufnahme nicht überall so schnell vor sich, wie das Unternehmertum, wenn es selbst an die vielen von ihm in die Welt gesetzten Nachrichten von Auflosigkeit im Lager der Streikenden geglaubt hat, erwartete. Wenn es in dem Uebereinkommen heißt, daß die Arbeit bei den Arbeitgebern, die nicht Mitglied der Arbeitgebervereinigung sind, in dem Maße wieder aufgenommen werden soll, wie es gesehen kann, so ist damit natürlich nicht gesagt, daß die Arbeiter sich in den einzelnen Betrieben ein Aussehen der dem Unternehmer angenehmen oder weniger unangenehmen Leute gefallen lassen müssen. Jene Worte können natürlich nur den Sinn haben, daß, wo technische Schwierigkeiten es erfordern, die Wiederaufnahme der Arbeit erst nach und nach erfolgen kann. Wo die Arbeitgeber sich dieser vernünftigen Auffassung gefügt haben, wird denn auch im allgemeinen die Arbeit fortgesetzt. Man sieht wieder Fabrikschornsteine rauchen und hört wieder, daß gearbeitet wird. Allerdings nicht überall, denn der größere Teil der Arbeiterschaft steht ja noch im Kampfe. Die Regierung will mit ihrer zugefugten Vermittlung zur endgültigen Beilegung des Kampfes offenbar noch einige Tage warten, um zu sehen, ob das Uebereinkommen durchgeführt wird. Die Haltung der Streikenden und Ausgesperrten zeigt aber deutlich, daß die Ausdauer der Arbeiterschaft im Kampfe immer noch anhält, daß auch sie noch warten kann. Die für heute zur Wiederaufnahme der Arbeit bestimmten Streikenden kommen nicht als Sklaven oder Besetzte zum Unternehmer zurück, sondern als freie, organisierte Arbeiter, und diejenigen, die bestimmt sind, weiter zu kämpfen, harren aus, so lange es sein muß.

Auch die Typographen, die hier bislang noch keine großen Streiks durchgemacht haben, wollen sich ein Aussehen des Personals durch den Unternehmer nicht gefallen lassen. Daß sie in der Haupt-

stakt und auch in einigen anderen Städten die Arbeit in den
Offizinen nur wieder aufnehmen wollen, wenn das gesamte
Personal wieder eingestellt wird, verzögert natürlich auch die
Wiederaufnahme der Arbeit. Wie mir mitgeteilt wird, suchen die
Prinzipale im Buch- und Zeitungsbüchergewerbe hier immer mehr
Typographen aus Deutschland heranzuziehen, die natürlich, so lange
das alte Personal nicht wieder eingestellt ist, als Streikbrecher zu be-
trachten sind. Die Prinzipale haben versucht, das im Auslande
untergebrachte Vermögen des Typographenverbandes auf Grund
ihrer Schadenersatzklage mit Beschlagnahme zu lassen; es ist ihnen
aber nicht gelungen, und bis der Prozeß zur Entscheidung
kommt, darüber wird wohl noch einige Zeit vergehen. Im
übrigen ist auch für alle Fälle dafür gesorgt, daß den
schwedischen Typographen die internationale Unterstützung ihrer
Verufsgenossen zu teil wird, falls die Prinzipale versuchen sollten,
die Organisation anzugreifen.

„Ebare“ hat jetzt seine Laufbahn beendet, nachdem von morgen ab
„Sozialdemokraten“ wie die übrigen Parteiorgane wieder erscheinen.
Das Blatt, dessen ersten zehn Nummern in einer Auflage von
150 000 herauskamen und das dann in 100 000 Exemplaren erschien,
ist für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung von ganz
besonderer Bedeutung. Es diente bekanntlich als Mitteilungs-
blatt des Landessekretariats, nachdem die Typographen sich dem
Rassensstreik angeschlossen und wie überall so auch in der
sozialdemokratischen Presse die Arbeit eingestellt hatten. Der
Redakteur Genosse Magnussen gibt in „Ebare“'s letzter Nummer eine
Uebersicht über die Geschichte dieses merkwürdigen Organs der
streikenden Arbeiterschaft. Er führt darin aus, daß der Typo-
graphenstreik nicht die Wirkung gehabt hat, die man erwartete, daß
aber das nicht den Typographen zur Last gelegt werden kann, die
ihre Pflicht gegenüber der kämpfenden Arbeiterschaft erfüllten.

Man hat auch die Frage erwogen, ob „Ebare“ nicht als Nach-
mittagsblatt weiter erscheinen sollte neben der Parteipresse, aber
es war von Anfang an als Organ der allgemeinen Arbeitsein-
stellung von 1909 gedacht und hat in dieser Hinsicht seine Aufgabe
voll erfüllt, wenn der Kampf selbst auch für die größere Hälfte noch
nicht beendet ist.

Ueber die heutige Lage in Schweden meldet uns
folgende Privatdepesche:

Stockholm, den 7. September. Der Kampf gegen
den schwedischen Arbeitgeberverein wird mit unverminderter Kraft
fortgesetzt. Rund 165 000 Arbeiter werden nach der
Frontänderung im Kampfe verbleiben. Die Stim-
mung unter den Kämpfenden ist wie ihre Entschlossenheit
ungebrochen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit bei den Unternehmergruppen,
mit denen eine Uebereinkunft getroffen wurde, ist erfolgt. Betroffen
werden davon rund 100 000 Arbeiter. Wie viele davon bereits in
Arbeit treten können bzw. getreten sind, konnte noch nicht festgestellt
werden.

Die Gemeinden und die Straßenbahngesellschaften fordern von
den zur Arbeit wiederkehrenden Arbeitern die Unterschrift persön-
licher Verträge. Da diese Bedingungen unannehmbar sind, ver-
weigern die betreffenden Arbeitergruppen selbstverständlich die
Wiederaufnahme der Arbeit. Eine Vereinbarung konnte in diesen
Fällen nicht getroffen werden.

Das Manifest des italienischen Komitees gegen den Zaren.

Rom, 4. September.

Der „Avanti“ veröffentlicht das Manifest, das das Zentral-
komitee gegen den Zarenbesuch an das italienische Volk richtet. Es
hat folgenden Wortlaut:

Mitbürger! Der Mann, den Ihr aus Solidarität mit einem
bedrückten Volke vor Jahren zurückwieset, versucht noch einmal,
unsern Boden durch seinen Besuch zu besiedeln. Dem neuen
Versuch müßt Ihr, wie vor Jahren, Euren energischen Protest
entgegenstellen, denn Nikolaus II. ist heute hochwürdiger als
gestern, weil noch mehr besudelt mit dem Blute seines Volkes.
Die konstitutionellen Mächte, die Rußland dem Auslande gegen-
über annimmt, sind nur eine Maske, durch die es bei den Kultur-
ländern moralische und materielle Stütze sucht. In seiner inneren
Politik herrscht aber das offizielle Rußland noch immer mit un-
beschränkter Autokratie.

Laßt Euch nicht irreführen: der russische Hecker arbeitet
ohne Kost. Die russischen Golgen sind nie leer, die Vertreter
des russischen Volkes werden nach Sibirien verschickt, und das
Geld, das man dem Volke abprecht oder aus dem Auslande zu-
sammenbetzelt, dient nur dazu, die verworfensten Teile der Be-
völkerung gegen die mächtig wiedererstehende Kraft der Revo-
lution zu bewaffnen.

Nein, nicht als Vertreter einer Kulturaktion und eines kon-
stitutionellen Regimes kann dieser Mann den Fuß auf italienischen
Boden setzen. Er ist unmittelbar verantwortlich und mitschuldig
an den furchtbaren Mordtaten, unter denen Rußland jammerl-
ich die Erde seit Jahr und Tag mit Ausdrücken der Blut und des
Schmerzes von derselben Presse berichtet wurden, deren Ser-
vilismus Euch heute bestimmen möchte, dem Mörder Gostizfreund-
schaft zu gewähren.

Mitbürger! Wenn man Euch von Bündnissen mit Rußland
spricht, die an Eurer feindlichen Haltung scheitern könnten, so
antwortet, daß nur die Bündnisse von Dauer sind, die die Sym-
pathe des Volkes umgibt. Ehrliche Bündnisse entstehen nicht
aus Diplomatentänzen, sondern aus einem Wund der Völker:
nicht zwischen Völkern und den Schlägern eines Volkes.
Nikolaus II. ist der höchste, treueste und perverste Ausdruck der
„schwarzen Bande“, der „echten russischen Leute“, die um den
Führer jeder Grausamkeit Rußland im Joch des Despotismus er-
halten möchten. Die echten Vertreter des gekränkten Morders
sind Azen, Hering, die Lockpfeil, die Goldlinge der Polizei,
die unter dem Schutze des Zaren Attentate vorbereiten, um die
Helden der Revolution an den Galgen zu bringen.

Wenn man es wagt, Euch an den Helde nmutter der russischen
Matrosen in Messina zu erinnern und aus ihm Verpflichtungen
gegen den Faschismus abzuleiten, so antwortet, daß nie herrlichere
Selbstauopferung Gegenstand einer gemeineren Spekulation war,
daß nie eine edle Handlung infamer profaniert worden ist. Denkt
daran, daß die in Messina zur Hilfe gerufenen Matrosen die
Wälder jener Matrosen sind, die für die Freiheit Rußlands die
Fahne der Revolution vom baltischen bis zum schwarzen Meere
gehoben, die Lage von Kronstadt und den Namen des
„Gottm“ mit Ruhm umgeben haben, daß sie die Söhne und
Brüder der Helden sind, die die russische Reaktion mit der
rohesten Gewalt zu vernichten sucht. Wenn jene Matrosen die
echten Intentionen ihres Zaren gewesen wären, so hätten sie die
Toten geschändet, hätten Weiber gemacht in der Finsternis des
Englands, hätten den wehrlosen Opfern Gewalt angetan: Sie
hätten, kurz gesagt, die ganze erstaunliche Verbrechervirtuosität
gezeigt, die die echten Intentionen des Zaren immer gegen das
Volk, gegen die Arbeiterklasse, gegen die revolutionären Elemente
wie bei den periodisch organisierten Judenmecheln einfallen.
Die russischen Matrosen, die auf dem Felde der menschlichen Sol-
dardität Hilfe brachten und den Tod fanden, haben sicher nicht
daran gedacht, daß ihr Wert und ihre Aufopferung je dazu
dienen sollten, den Faschismus zu rehabilitieren. Und wir werden
nicht Verrat üben an ihrem Heldentum und ihrem Erbarmen.
Nein, gerade die Erinnerung an ihr Werk wird unsere Emp-
findung schärfen für den Schrei der gequälten Menschheit aus
Sibirien, aus den Gefängnissen, aus den großen Städten und

den kleinsten Weisern Rußlands, für den Schrei, der die Kultur-
menschheit um Hilfe anruft.

Mitbürger! Sobald man erfährt, daß der Zar eine Reise
durch Europa unternehmen würde, haben die russischen Revo-
lutionäre alle Völker aufgefordert, dem Autokraten den Weg zu
verstopfen und ihn als Gefangenen zu erhalten der eigenen Ver-
brechen und des tragischen Geschicks, das ihn erwartet. Dieser
Appell verhallte nicht ungehört. Er genügte, um den Zaren ab-
zuhalten, irgendwo den Fuß auf festes Land zu setzen, wo ein
Kulturvolk lebt und empfindet. Die Empfangsfeierlichkeiten, die
ihm die Regierungen bereiten, wie sie sie einem Restriktanten be-
reiten würden, indem sie selbst über das freie Meer den Be-
lagerungszustand verhängen, bestätigen nur die Wirksamkeit des
Appells der russischen Revolutionäre, denn sie sind nichts als
Formalitäten trotzer Diplomatie, denen die öffentliche Meinung
des Volkes gänzlich fremd bleibt.

Schweden, England, Deutschland, Frankreich, haben schon
großartige Protestkundgebungen veranstaltet: unser Volk, von
dem der erste Protest ausging, wird nicht hinter den anderen
zurückbleiben. Ueber Stunde und Art wird Eurer Exekutiv-
komitee befinden. Euch allen Bürger Italiens, liegt es ob,
schon jetzt auf die Gemüter einzuwirken, damit die Kundgebung
in ihrer Würde und Strenge Eurer Traditionen würdig sei und
der anglophoben Ermordung eines gemarterten Volkes.

Es lebe das freie Rußland auf den Trümmern der Auto-
kratie!

Es folgt nun eine Zahl von Unterschriften, unter denen wir
von bürgerlichen Namen den Giuseppe Sergis hervorheben,
des Professors der Anthropologie an der Universität Rom, ferner
den des Bildhauers Biondi. Die übrigen Unterzeichner sind
Parteiangehörige oder Syndikalisten. Genannt seien die Genossen
Gnocchi-Viani, Dugoni, Giovanni Verba,
Suzzani und die Genossin Altobelli. Sie ist das einzige
Mitglied des Parteivorstandes, das unterschrieben
hat. Von der Parlamentarierfraktion fehlen 24 Namen, darunter
Bissolati, Zerboglio, Treves, Cabrini, Rondani,
Montemartini, Badaloni, Pescetti, Cicotti,
Chiesa, Andrea Costa, Enrico und Giacomo Ferrì.
Für das Komitee zeichnet Genosse Morgari, Ferbini,
Sottovia für die Anarchisten Roms, Bella für die sozia-
listische Jugendorganisation, die zur Partei gehört, und Pace für
die außerhalb der Partei stehende sozialistische Jugendorganisation.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. September 1909.

Der Donaueschinger Hilfsfonds.

Verschiedentlich haben wir auf die eigenartige Verteilung des
für die nothleidenden Abgebrannten Donaueschingers gesammelten
Hilfsfonds hingewiesen und Aufführung über die Verwendung der
Gelder verlangt. Lange hat das Hilfskomitee gezögert. Jetzt hat
es aber endlich die Schlussrechnung über die Verteilung der Hilfs-
gelder für die Opfer der Brandkatastrophe in Donaueschingen ver-
öffentlicht. Sie bestätigt die in den letzten Tagen an dieser Stelle
mehrfach ausgesprochene Vermutung, daß auch besitzende Abgebrannte
von den Hilfsgebern nahmen, was sie bekommen konnten. Die Ab-
rechnung ergibt sogar, daß der mehrfache Millionär, Großindustrielle
und Großagrarier, Besitzer von Gütern in drei europäischen Reichen,
Fürst v. Fürstenberg, durch die Art der Verteilung die Summe
von 80 000 M. geschenkt erhalten hat.

Da an Hilfsgebern inll. Naturalien 1 188 000 M. eingingen
und rund 900 000 M. zur Verteilung an die Abgebrannten kamen,
überwies man der Stadt für das zerstörte Rathaus und für sonstigen
Schaden 200 000 M. Man wollte verhindern, daß in diesem und den
nächsten paar Jahren die Kommunalsteuern stark erhöht werden
müßten. Nun zählt die Fürstenbergsche Ständeherrschaft in Donaues-
chingen allein durch ihre ausgeübten Besitzungen — halb Donaues-
chingen gehört Fürstenberg — 40 Proz. der Kommunalsteuern.
Durch die 200 000 M. ersparte man dem Fürsten von
Fürstenberg die Zahlung von 80 000 M. Kommunal-
steuern. Und dazu haben im vorigen Jahre Hunderte armer
Leute ihr Scherstein beigetragen!

Die Geschichte des Donaueschinger Hilfsfonds lehrt, daß man
bei ähnlichen Gelegenheiten bestimmte Garantien festlegen muß,
damit nicht wieder um ihr Dasein schwer ringende Arbeiter gewissen
Kapitalisten zur Vermögensvermehrung verheißt.

Ganz beiläufig bemerkt, erhielten aus dem Hilfsfonds die ver-
sicherten Mobiliarbesitzenden 17 Proz. ihres Schadens, die nicht
versicherten 42—45 Proz. Den abgebrannten Hausbesitzern wurden
die Abbrümmungsarbeiten mit 600 M. pro Haus und außerdem noch
23 Proz. ihres Schadens vergütet. Wohlgerne, dies alles außer
der Entschädigung, die die Feuerversicherungen zu decken hatten. War
manche der Abgebrannten sind heute besser daran als vor der Brand-
katastrophe, ganz abgesehen davon, daß sie in modern gebauten und
neu eingerichteten Häusern wohnen.

Konservatives Terzett.

In der konservativen Presse ist ein höchst amüsantes
Streit um die Laktik entbrannt. Bisher polemisierten nur
der fromme „Reichsbote“ und das Blatt der Hammerstein-
Epigonen, die „Kreuz-Ztg.“, miteinander, und zwar deshalb,
weil der „Reichsbote“ der konservativen Parteileitung fehler-
hafte Laktik, Ueberschreitung der Grenzen berechtigten Land-
wirtschafes, agrarische Uebertreibungen, zu große Nach-
giebigkeit gegen die Forderungen des Bundes der Land-
wirte usw. vorgeworfen hatte. In ihrer Antwort auf
die Vorwürfe des „Reichsboten“ hat nun aber die „Kreuz-
Zeitung“ offen zugegeben, daß der Bund der Landwirte tat-
sächlich manchmal zu ausschließlich die agrarischen Interessen
verfochten habe, und daß daher sie, die „Kreuz-Zeitung“, oft
genug genötigt gewesen sei, „den agitatorischen
Uebertreibungen des Bundes der Landwirte
entgegenzutreten“. Erbst ob dieses Jugenständnisses
an die Auffassung der „Kreuz-Ztg.“ begann heute früh auch
die „Deutsche Tageszeitung“ sich in das schöne Blütenkonzert zu
mischen, indem sie sich zugleich gegen den „Reichsboten“ und
das Organ der Hammer- und Kalbfleiner wandte.

„Agitatorische Schärfe“, meinte sie in ihrer Polemik gegen
die „Kreuz-Ztg.“, „kommen überall einmal vor; vor Ueber-
treibungen aber hat sich der Bund der Land-
wirte stets gewissenhaft gehütet; und jedenfalls hat
er in seiner ganzen Agitation nichts aufzuweisen, das etwa dem
Wort von dem „Handzuge“ der neuen Steuern auch nur von
weitem ähnlich läge, das der nationalliberale Führer auf der
Reichstagstribüne zu gebrauchen sich nicht scheute hat.
Daß ferner die Haltung des Bundes beim Holztarif seine
Uebertreibung bedeutete, haben wir zu oft nachgewiesen, als
daß eine neue Erörterung irgend welchen Neiz für unsere Leser
haben könnte. Wenn aber die „Kreuz-Ztg.“ meint, der Bund der
Landwirte habe „mit seiner einseitigen Bekämpfung der Reichs-
steuer auf das Erbe der Ehegatten und Kinder als einer vorgug-
weise die Landwirtschaft belastenden Steuer einen Fehler be-
gangen, der sich jetzt an ihm selber rächen kann“, so können wir
dieser durch nichts gerechtfertigten Behauptung nur wieder ent-

gegenhalten, daß es besser um das Verständnis des Volkes für das
große nationale Werk der Finanzreform stehen würde, wenn
die konservative Partei dasselbe wie der
Bund der Landwirte in der Aufklärung über
die Bedeutung der Erbschaftsteuer geleistet
hätte...

Endlich meint die „Kreuz-Zeitung“ noch, von einer Aenderung
der konservativen Parteipolitik in agrarischen Angelegenheiten
sei nicht die Rede. „Scändert hat sich höchstens die Haltung
des Bundes der Landwirte, der unter dem erzieherischen
Einflusse der konservativen Elemente in Form und In-
halt seiner Agitation gemäßigter worden ist.“ Die „Kreuz-
Zeitung“ müßte wirklich wissen, daß von einer Aende-
rung des Inhalts der Bundesagitacion absolut nicht die Rede
sein kann; über den anderen Teil ihres letzten Satzes
gehen wir wohl am besten mit nachsichtig-ver-
stehendem Lächeln hinweg.

Darauf hätte nun wieder die „Kreuz-Ztg.“ das Wort.
Leider scheinen wir jedoch um den Genuß kommen zu sollen,
daß in dieser Weise das Terzett fortgesetzt wird, denn in ihrer
letzten Abendnummer drückt die „Kreuz-Zeitung“ einfach die
Erwiderung des „Reichsboten“ ab und fügt lakonisch hinzu:
„Zu Bemerkungen gibt uns diese Erwiderung des „Reichs-
boten“ keine Veranlassung; sie schien uns aber doch interessant
genug, sie unseren Lesern vollständig mitzuteilen.“ Und zu-
gleich bringt die „Deutsche Tageszeitung“ ein mit der bekannten
Kognatmarke (Chefredakteur Dr. Georg Werle) unterzeichnetes
„Leget's Wort“, in dem das Blatt ankündigt, daß es
ein Weiterarbeiten der Auseinandersetzungen nicht für an-
gebracht hält, da dabei „verzweifelt wenig Greif-
bares“ herauskäme und überdies die Konservativen aller
Richtungen so viele gemeinsame Gegner hätten, daß es nicht
nötig sei, daß sie selbst gegen einander loszögen.

Allem Anscheine nach hat die konservative Parteileitung
im Einverständnis mit dem Vorstand des Bundes der Landwirte
Ruhe geboten. Schade darum, die Melodie sing gerade an,
recht interessant zu werden.

Von der „loyalen“ Ausführung des Vereinsgesetzes.

In der Auslegung des Vereinsgesetzes hat die Polizei-
direktion in Braunschweig wohl jetzt den Vogel abgeschossen.
Sie bedachte den Vorsitzenden des Transport-
arbeiter-Verbandes in Braunschweig, den Genossen
Wärsch, mit zwei Strafmandaten über je 15 M.,
weil er eine öffentliche politische Versammlung ein-
berufen und geleitet, aber nicht angemeldet haben sollte.
Die Polizei hatte dabei absolut keine Ahnung, was in
der Versammlung gesprochen worden war. Ganz auf gut Glück hin
hat sie sich einige Genossen zur Vernehmung geladen, von denen sie
annahm, daß sie die Versammlung besucht hätten. Alle Ver-
nommenen haben bestritten, daß politische Dinge besprochen
worden sind. Trotzdem erließ die Polizeidirektion Strafmandate.
Am Montag, 6. September, kam der Fall vor dem Schöffsen-
gericht in Braunschweig zum Austrag. Er verlangte Ver-
strafung des Genossen Wärsch, auch wenn die Polizei nichts über die
Versammlung wisse. Die Versammlung sei eine öffentliche politische
gewesen, weil sich 1. aus dem Wortlaut der Einladung auf die
sozialdemokratische Tendenz der Versammlung
schließen lasse, weil 2. der Referent Redakteur des
sozialdemokratischen „Volkstremd“ (Genosse Wagner) sei, und
weil 3. der Angeklagte Vorsitzender der Verwaltungsstelle eines
Verbandes sei, der unter sozialdemokratischer Leitung
stehe. — Dabei lautete das Thema des Referenten:
„Warum tut allen Arbeitern die gewerkschaft-
liche Organisation dringender noth?“, und in der Ver-
sammlungseinsiedlung war nicht ein Wort enthalten, was auch
nur den geringsten Verdacht hätte erwecken können, daß die Ver-
sammlung eine politische sei; es sei denn, daß der Vertreter der
Staatsanwaltschaft die allerdings nicht verwunderliche Anschauung
vertreten will, daß es sozialdemokratisch sei, wenn den Arbeitern
gelagt wird, daß sie 12, 18 Stunden und länger arbeiten müssen
bei einem Wochenlohn von 18, 20 bis 24 M. und daß eine Familie
davon nicht ernährt werden kann. — Das Gericht sprach den An-
geklagten selbstverständlich frei.

Ein zweiter Fall spielt wieder in Schlesien.
Letzten Sonntag sollte in Wolfsdorf, Kreis Goldberg-Gohrau,
eine öffentliche politische Versammlung unter freiem Himmel statt-
finden, in der über die neuen Steuern gesprochen werden sollte.
Auf vorchriftsmäßige Anmeldung erhielt der Einberufer folgenden
Bescheid:

Wolfsdorf, den 1. September 1909. Die Genehmigung wird
aus folgenden Gründen verweigert: Das Grundstück ist
zur Abhaltung von Versammlungen zu klein
und ist daher anzunehmen, daß der öffentliche Verkehr auf der
Dorfstraße behindert wird, zumal da sich an diesem Tage
größere Truppenmassen im Dorfe befinden.
Der Amtsvorsteher Scheller.“

Das Grundstück ist aber nicht zu klein, es ist circa 2500
Quadratmeter groß und bietet Raum für 5000 Per-
sonen. Es liegt von der Dorfstraße reichlich
20 Meter entfernt, kann von dieser nicht gesehen
werden und hat außerdem keinen direkten Zugang von
der Dorfstraße aus, sondern dieser geht durch ein Gehöft.
Die nicht genehmigte Versammlung sollte die erste politische
sein, die überhaupt in Wolfsdorf abgehalten wird.

Der Amtsvorsteher, der nicht über die neuen Steuern sprechen
lassen wollte, ist Pächter zweier der königlichen Ritterakademie
Leignig gebörenden Mittergüter und ist als solcher Besitzer
einer Schnapsbrennerei und Empfänger von
Schnapsliebeshgaben.

Der verbesserte Delameron.

Noch nie ist ein Politiker und Organisationsführer von einem
vernichtenderen Schlage getroffen worden, als Herr Schad,
Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des Deutschnationalen
Handlungsgehilfenverbandes. Schad ist nach seiner Triolan-Affäre
nicht nur als Abgeordneter und Leiter eines Verbandes eine total
unmögliche Figur geworden, er ist fortan auch für jede Gesellschaft
unmöglich. In einem Entschuldigungsbrief an das außerkorense
Opfer der Schadschen Familienpervertität wagt Schad davon zu
reden, daß die Familie Schad „für den praktischen Sinn der
meisten Menschen etwas so romantisch veranlagt“ sei.
In der Tat, für die Schad-Romantik ist die heutige Zeit zu
„praktisch“, zu prosaisch. Sie findet höchstens in Vocaccios
schmerzlichen Novellen eine Art Seitenstück. Dort erwischt ein gebördener
Ehemann nämlich während im Bett seiner Frau einen schönen
Jüngling, für den er alsbald in heißer Liebe entbrennt. Als der
Jüngling am Morgen entlassen wird, wehrt er selbst nicht, ob er
eigenlich der Geliebte der Frau oder ihres Mannes ist. Just so,
nur im Geschlechtlichen umgekehrt, ist's auch bei Herrn Schad. Eine
tolle Delameron-Schmurre, aber die man zur Zeit der heidnisch-
welchen Renaissance lachte, die aber unser christlich-germanisches
Zeitalter bitter ernst nimmt. Und Herr Schad war ja selbst einer
der christlich-germanischen Jugendwächter, der die deutsche Sitte,
die Ehe als unantastbares Sakrament pries. In einem der vom
Deutschnationalen Verbands herausgegebenen Hefte eiferte der heim-
liche Renaissance-Mensch Schad:

... daß dieser und jener „Kaufmann“ die weiblichen Arbeitkräfte nicht nur deshalb den männlichen vorzieht, weil sie angeblich besser arbeiten und nebenbei billiger und weit mehr gefügig sind, sondern weil er sich auch ganz im Stillen eine gewisse orientalische Einrichtung leisten möchte, die wohl dem Sultan gestattet, aber hier in Deutschland verboten ist.“

Noch am 15. Juni klagte ein anderes Organ des Herrn Schod, die „Deutsche Handelsmacht“, über unfittliche Theateraufführungen und ebensolche Literatur:

„Das traurigste Zeichen aber für die völlige Verkommenheit vieler unserer Mitbürger ist, daß sie sich solche Produkte der kostenthesten Ungeheuerheit gefallen lassen, obwohl sie Sturm rennen gegen die beiden höchsten Heiligthümer des deutschen Volkes: gegen das Heer und gegen die Ehe.“

In einer von Herrn Schod im Jahre 1904 herausgegebenen Schrift „Zur Frauenarbeit im Handelsgewerbe“ (Seite 48) heißt es:

„Wäre es nicht Pharisäertum, den Stab über ein junges Geschöpf zu brechen, das den Verlockungen eines „Freundes“ folgt, um auch etwas von der schönen Welt um sie her zu genießen? Und doch führt auch hier jeder Schritt abwärts vom Wege nur zu leicht auf eine abschüssige Bahn, wo im Hintergrunde der Moloch der Prostitution lauert, der jährlich so viele Tausende junger, blühender Mädchenopfer fordert.“

Wenn man jetzt in jedem Lokal mit Fingern auf den Verehrer der ehelichen Triole weist, mag Herr Schod zerknirsch an seine Brust schlagen und gleich Gerechten am Stricken seufzen:

„Wie kommt ich über anderer Sünden Nicht Worte g'mug der Junge finden!“

Die Abschaffung der ersten Wagenklasse auf den preussischen Staatsbahnen wird am 1. Oktober weitere Fortschritte machen. Nach dem Entwurf zum Winterfahrplan wird die erste Klasse insbesondere aus einer Reihe von Personenzügen auf der Strecke zwischen Berlin und Frankfurt a. M. zurückgezogen.

Strafexerzieren — Kadavergehorsam — Militärjustiz!

Ein Prozeß, der große Streiflichter auf die Zustände in unserem Militarismus wirft, wurde jetzt vor dem Oberkriegsgericht in Dresden verhandelt. Wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung und Drohung war der Ulan Lorenz vom Ulanen-Regiment Nr. 17 angeklagt. Am 23. Juni mußte er, nebst 15 Kameraden am Strafexerzieren teilnehmen, welches bei strömendem Regen auf der völlig durchnässten und weichen Reitbahn abgehalten wurde. Schon vorher äußerte der Sergeant: „Wenn ich Strafexerzieren habe, könnt Ihr Euch gratulieren!“ Gleich zu Anfang mußten die Soldaten auf Befehl des Sergeanten Casper zierlich eine Viertel Stunde lang in dem Schmutz auf Schritt und Tritt liegen. Weiter mußten sie in den Kot, worin sie bald stundenlang, Parademarsch „über“ und sich des öfteren lang in den Dreck werfen! Die Pausen wurden dann wieder mit Aufschritt ausgefüllt! Durch diese Strapazen wurden die Soldaten überanstrengt und einige blieben erschöpft zurück. Der Ulan Lorenz fing schließlich vor Erschöpfung an zu stöhnen, was der Sergeant als Murren auffaßte und auf sich bezog! Im Verlauf des Exerzierens sagte der Angeklagte zu einem Kameraden: „Ich weiß gar nicht, warum ich Strafexerzieren mitmachen muß!“ Als schließlich die Soldaten abermals Aufschritt machen mußten, war Lorenz infolge Seitenstechens nicht mehr imstande, schnell zu laufen; er ging deshalb nur im Schritt. Wegen dieser „Flechheit“ zur Rede gestellt, soll U. eine „unmilitärische“ Stellung eingenommen und schließlich geäußert haben: „Ich bin so gebaut!“ (U. ist in Wirklichkeit etwas schlief gebaut.) Im Verlaufe des Exerzierens mußten sich dann die Soldaten auf Befehl des Sergeanten gegenseitig mit Dreck bespritzen! Die Soldaten waren auf dem Rücken durch die Stadt bis zur Unkenntlichkeit mit Schmutz bedeckt! Weshalb U. äußerte: „In einer großen Garnison kommt so was nicht vor!“ Auf die Meldung hat sich U. dann beim Wachmeister zu rechtfertigen gesucht und schließlich, als der Wachmeister Anzeige in Aussicht stellte, gesagt: „Wenn der Herr Wachmeister die Sache meldet, dann muß auch ich dem Rittmeister melden, wie man mit uns beim Strafexerzieren umgegangen ist!“ U. ist dann am Nachmittag erkrankt und mußte am nächsten Tage ins Lazarett gebracht werden, wo er über acht Tage wegen Magenentzündung blieb; auch hatte er infolge der Ueberanstrengungen Rosenbluten. U. wurde vor das Kriegsgericht gezerrt, welches ihn auch tatsächlich zu der unglücklichen Strafe von — 12 Wochen Gefängnis! verurteilte.

Dagegen legte U. Berufung ein mit der Begründung, daß ihm eine Aufkündigung gegen die Disziplin ferngelegen habe; er fasse das Strafexerzieren als eine Mißhandlung auf und deshalb stehe ihm der § 98 des Militärstrafgesetzbuches zur Seite. Die als Zeugen geladenen Soldaten hielten mit ihren Aussagen wie in der Vorinstanz derart zurück, daß sie dringend zur Wahrheit ermahnt wurden mußten und erst dann machten sie ihre Belandungen, welche den Angeklagten sehr entlasteten. Sie erklärten nunmehr übereinstimmend, daß das Strafexerzieren außerordentlich anstrengend war. Das Verhalten der Soldaten veranlaßte den Verhandlungsführer zu sagen: „Wenn Sie mit Auslagen, welche die Unteroffiziere belasten, derartig zurückhalten, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Soldaten mißhandlungen überhand nehmen!“

Der Hauptbelastungszeuge Sergeant Casper machte derartige widersprechende Angaben, daß seine Vereidigung wegen offenkundiger Unglaubwürdigkeit unterblieb. Die erneute Beweisaufnahme war dem Angeklagten sehr günstig; um so mehr mußte es bestreben, daß der Anklagevertreter auch nun noch die Anklage für gedeckt hielt und die Verwerfung der Berufung beantragte.

Das Oberkriegsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und erkannte wegen Achtungsverletzung und Ungehorsams auf 4 Wochen strengen Arrest!

Die Achtungsverletzung erblickte es in den erwähnten Äußerungen, während es das Uebergehören des Nebenbotes als Ungehorsam ansah. Die übrigen Anklagepunkte schieden aus. Die Frage, ob das Strafexerzieren in vorliegender Falle als eine Mißhandlung oder vorchriftswidrige Behandlung anzusehen ist, hat das Kriegsgericht unberührt gelassen, weil seiner Ansicht nach die Verurteilungen nicht durch die Anstrengungen des Strafexerzierens ausgelöst worden seien!

Zur Illustration des Sergeanten Casper sei noch erwähnt, daß gegen ihn ein Verfahren wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener eingeleitet ist, die sich auf eine Anzahl Fälle bezieht.

Tabak-Nachverzollung.

Ueber die Anmeldeung von Tabaken nach dem neuen Besteuerungs-gesetz herrschen vielfach irrige Anschauungen, da der ungeschickte Wortlaut des neuen Tabaksteuergesetzes selbst in Fach- und Juristenkreisen zu Fehlschlüssen Anlaß gibt. Die „Südd. Tabakz.“ hebt daher folgendes hervor:

Nach der Nachverzollungsordnung § 4 hat derjenige die Waren anzumelden, der

1. Tabake im Besitz oder Gewahrsam hat, die der Nachverzollung oder Nachbesteuerung unterliegen (das können also nur bereits verzollte Tabake sein, denn unverzollte Tabake, die noch unter dem Händler liegen, sei es in einer öffentlichen Niederlage oder in einer Privatniederlage unter amtlichem Wertschutz, unterliegen einer Nachverzollung nicht, sind hierunter also nicht zu verstehen, folglich auch nicht anmeldspflichtig).

2. Jeder Bearbeiter, der am 15. August 1909 unverzollte ausländische Tabakblätter in einer öffentlichen Niederlage (der sie also für sich unter seinem Namen dort liegen hat) oder in seinem

Privatlager unter amtlichem Wertschutz lagern hat. Diese letztere Bestimmung namentlich wird immer falsch verstanden. Für diese Bestimmung ist das Muster Nr. 5 vorgeschrieben, und auch daraus geht hervor, daß nur der Fabrikant anzumelden hat, der den Tabak in seinem Namen in einer öffentlichen Niederlage oder in seiner eigenen Privatniederlage hat, denn es heißt ausdrücklich in der Aufschrift zur Anmeldung: „Unvergollt in einer öffentlichen Niederlage oder dem Privatlager des Anmeldebers.“ Die Bestimmung dieses § 4 der Nachverzollungsordnung hängt zusammen mit der Bestimmung des § 2, Absatz 3 des Gesetzes, worin es heißt: „Die Feststellung des Zollzuschlags erfolgt beim Uebergang des Tabaks in die Hände des Bearbeiters“ und mit § 4 der Ausführungsbestimmungen, worin es heißt: „Vom Bearbeiter in eine öffentliche oder in eine Privatniederlage gebrachte Tabake unterliegen sofort bei der Einlagerung der Wertfeststellung.“

Der Tabak geht in die Hände des Bearbeiters über entweder, wenn er für diesen bezollt oder ihm mit Begleichschein 2 zugefandt wird, oder wenn ihn der Bearbeiter unter seinem Namen in eine öffentliche Niederlage oder in seine Privatniederlage übernimmt.

Englands Bereitwilligkeit zu einem englisch-deutschen Flottenabkommen.

Im englischen Unterhaus ist am Dienstag erneut zum Ausdruck gekommen, daß die englische Regierung sowohl wie die regierende liberale Partei Englands nicht bloß bereit sind, ein Abkommen mit Deutschland auf Einschränkung der Flottenrüstungen zu treffen, sondern daß sie solches Abkommen lebhaft wünschen. Der Telegraph berichtet:

London, 7. September. Im Unterhause richtete Byles (lib.) an den Premierminister Asquith die Anfrage, ob er das erneute Interesse bemerkt habe, das in Deutschland der Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens über die Rüstungen zur See entgegengebracht werde, und ob er in der Lage wäre, irgendwie die Hoffnung aufrechtzuerhalten, daß von der englischen Regierung neue Anstrengungen gemacht würden, um auf die Grundlage irgendeines Einverständnisses zu gelangen, welches den Völkern beider Länder die Lasten ihrer Flottenausgaben erleichtern könnte. Allen Vater (lib.) fragte den Minister gleichfalls, ob die von Herrn v. Holleben und anderen im politischen Leben Deutschlands hervorragenden Männern unterzeichnete Erklärung zugunsten einer Rüstungseinschränkung seine Aufmerksamkeit hervorgerufen habe, und ob er mit Rücksicht auf diese Erklärung sowohl als auch auf seine eigene Feststellung, daß die britische Regierung darum besorgt sei, mit anderen Mächten zu irgendwelchem Uebereinkommen zu gelangen, die Gelegenheit wahrnehmen wolle, der deutschen Regierung weitere Vorstellungen zu machen, um zu einem Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen zur See zu gelangen.

In seiner Antwort erklärte Premierminister Asquith: Sie dürfen versichert sein, daß jede Andeutung, daß die deutsche Regierung ein solches Uebereinkommen zu treffen wünscht, wie es hier in Betracht gezogen wurde, das herzlichste Entgegenkommen der britischen Regierung finden wird. Es muß nach den öffentlichen Erklärungen, die von den verantwortlichen Ministern der Krone bereits abgegeben sind, ganz klar sein, daß keinerlei Vorstellungen der britischen Regierung erforderlich sind, um zu beweisen, daß dies der Fall ist.

Byles richtete darauf die weitere Anfrage an den Minister, ob es mit Rücksicht auf die ungeheuren nationalen Interessen, die dabei in Frage kämen, nicht möglich wäre, daß britischerseits die Initiative ergriffen würde. Darauf antwortete Asquith: Wir haben die Initiative ergriffen.

Die knappe telegraphische Meldung läßt nicht genau erkennen, ob der Minister gesagt hat, England habe bei früheren Gelegenheiten die Initiative ergriffen oder daß England jetzt wiederum die Initiative ergriffen habe. Das werden erst die genaueren Meldungen über die Rede Asquiths ergeben. Wie es aber damit auch stehen möge — eins ist sicher: die englische Regierung hat vor aller Welt rund und nett bekundet, daß sie ein Abkommen mit Deutschland über die Einschränkung der Flottenrüstungen lebhaft wünscht. Jetzt hat die deutsche Regierung die gebieterische Pflicht, die dargebotene Hand Englands anzunehmen und so nicht nur zu einer Erleichterung der immer drückender werdenden finanziellen Lasten des deutschen Volkes, sondern auch zu einer ganz erheblichen Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen zu gelangen. Wenn die deutsche Regierung auch diesen für sie außerordentlich günstigen Zeitpunkt ungenützt vorbeigehen ließe, so läide sie sich eine furchtbare Verantwortung auf. Das deutsche Proletariat fordert das Eingehen auf die englischen Einladungen und wird das Seinige tun, um den Eindruck der erfreulichen englischen Reden zu verstärken.

Spanien.

Ein Komitee zur Verteidigung der Opfer der spanischen Unterdrückung

hat sich in Paris gebildet. Es zählt zu seinen Mitgliedern u. a. Anatole France, Frau Severine, Cipriani, Ernst Gaedel, Maeterlinck, Arapoffin. Vorsitzender ist A. Raquet, Sekretär Genosse Albert. Generalsekretär des Vereins „Kampf für vernunftgemäße Kindererziehung“, dessen Begründer der auch in Barcelona gefangene Gen. Ferrer ist. Das Komitee hat einen Aufruf erlassen, den die „Humanität“ veröffentlicht. Darin werden die Untaten des spanischen Pfaffen- und Henkerregiments geschildert, das in Barcelona 5000 Opfer in der berühmten Folterungsfeste Ronjuich gefangen hält und neue Blutopfer vorbereitet. Der Aufruf betont, daß es dem Einschreiten der europäischen Mächte gelungen ist, den bestialischen Greuelthaten des marokkanischen Sultans Muley Hafid Einhalt zu gebieten. Ein einiges Vorgehen aller Menschenfreunde, das die öffentliche Meinung Europas in Bewegung setze, werde auch hier Erfolg erzielen, da die spanische Regierung ihre Grausamkeiten nicht vor aller Welt leugnen werde. Es wird zur Bildung von Unterkomitees aufgefordert und das Einschreiten der Presse gefordert. „Nicht durch Anrufen ihrer Gnade wird man die Tiger in Madrid entzähnen — die Revolutionäre von Barcelona sind auch zu stolz, sie in Anspruch zu nehmen. Man muß ihnen das glühende Eisen der allgemeinen Verachtung zeigen, bereit, es auf ihr entartetes Gesicht zu drücken, um dort das Brandmal einzugraben.“ — Es gibt in Paris bereits ein Komitee spanischer Flüchtlinge und eines spanischen Sozialisten. Möchte es ihren vereinten Bemühungen gelangen, die öffentliche Meinung Europas über die Greuel der Inquisition, die gegen die „Feinde der Gesellschaft“ in dem Pfaffenlande heute ebenso noch zur Anwendung kommen, wie einst gegen die „Feinde des Glaubens“, aufzuklären und so die Grundlage für eine planmäßige vereinte Abwehraktion zu schaffen. Auch in Deutschland dürfte ein solches Komitee zu Stande kommen, dem kräftigste Unterstützung zu wünschen wäre.

England.

Der Kongreß der Trade-Unions.

Ipswich, 7. September.

(Telegraphische Meldung.)

Der heutige Verhandlungstag brachte einen scharfen Angriff wider den liberalen, der Arbeiterpartei nicht angehörenden Arbeiterabgeordneten Richard Bell (Vertreter der Eisenbahner) wegen seiner Haltung im Parlament. Nach langer Debatte akzeptierte der Kongreß eine Erklärung Wells, worin er bedauert, nicht im Einvernehmen mit der Arbeiterpartei gehandelt zu haben.

Türkei.

Türkische Forderungen.

Konstantinopel, 7. September. Die Postleitschaft, wie die Blätter melden, nach der Reorganisation des Postdienstes durch den belgischen Generaldirektor Stergen wegen der Auflösung der fremden Postanstalten in der Türkei an die Mächte heranzutreten. Dadurch sollen die Einnahmen der türkischen Postverwaltung um 500 000 Pfund steigen.

Roradunghian geht.

Konstantinopel, 7. September. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Roradunghian hat demissioniert. Roradunghian weicht einem starken Druck der Jungtürken. Nach bevor die Meldung von der Demission eintraf, meldete der Telegraph: Der jungtürkische Lamin wird morgen eine von 100 Abgeordneten unterzeichnete Aufforderung an den Handelsminister Roradunghian veröffentlichen, daß er seine Demission einreichen solle, da er nicht mehr das Vertrauen der Kammermehrheit besitze.

Marokko.

Kleine Siegesnachrichten.

Nach Depeschen aus Melilla vom 6. d. M. haben die Probantzüge sowohl auf der Hinfahrt wie auf der Rückfahrt nur wenige Minutenschüsse aus der Wollschicht erhalten. Diese Tatsache scheint zu beweisen, daß auf dem Gurguberge bloß einige Schildwachen der Mauren zurückgeblieben sind, um die Bewegungen der spanischen Truppen zu überwachen, während die Garza sich in der Richtung auf Rador und Selwan entern. Mitin konzentriert sich das ganze Interesse des Feldzuges jetzt auf El Arba. Nach diesem Lager sind die Truppen der Division Orozco abgegangen. Voraus-sichtlich steht hier eine große Schlacht bevor. Als eine Retrospektivkolonne gestern in das Lager zurückkehrte wollte, wurde sie zweimal von Mauren angegriffen. Oberst Fernando Blanco kam von El Arba mit einem Bataillon Infanterie, etwa 60 Reitern und einer Batterie der Kolonne zur Hilfe und griff den rechten Flügel des Feindes an, um ihm den Rückzug abzuschneiden. Die Mauren entflohen und ließen etwa 20 Leichen auf dem Schlachtfeld zurück.

Melilla, 7. September. Die Kolonne Aquilera wies gestern bei Sul el Arba einen Angriff von 1600 Mauren ab, drang in das feindliche Lager ein und zerstörte es. Ein Teil der Truppen besetzte dann Mahen Broim im Zentrum des Arbagebells. Die Mauren hatten große Verluste; auf spanischer Seite ist ein Mann gefallen, zehn wurden verwundet.

Soziales.

Zum Schnapsbohlokt.

Wir haben wiederholt auf die Bewegung hingewiesen, die sich zugunsten eines Schnapsbohlokt in weiten Arbeiterkreisen bemerkbar macht und die sich auch zu Anträgen an den Parteitag verdichtet hat.

Wie wirksam ein solcher Schritt werden könnte, geht aus einigen Zahlen hervor, die wir dem wertvollen Buche Grotzahn: „Der Alkoholismus“ (1896) entnehmen. Grotzahn schildert auf S. 328 ff. den Aufstieg und Verfall einer Mäßigkeitsbewegung, die in Amerika und England begann und sich, von Geistesfreiheit, Weantentum und Lehrschaft mit Feuereifer unterstüzt, auch auf Deutschland erstreckte. In einigen Gegenden wurden Erfolge erzielt, die an die amerikanische und irische Bewegung erinnern. So verpflichteten sich im Jahre 1844 allein in der Provinz Schlesien annähernd eine halbe Million Menschen, sich des Branntweins zu enthalten. Der Konsum ging um 45 000 Eimer zurück, 18 Wenzereien gingen ein und die Einnahme aus der Branntweinsteuer erlitt eine Einbuße von 254 000 Talern.

Auch im Königreich Hannover erreichte die Bewegung einen bedeutenden Umfang. Es betrug

im Jahre	die Zahl der Vereine	die Einnahme aus der Branntweinsteuer
1838	8	551 000 Taler
1843	251	392 000 „
1847	400	268 527 „

Es ist kaum zweifelhaft, daß das, was vor 70 Jahren unter Mitwirkung von Geistlichen, Beamten und Lehrern gelang, heute von der Arbeiterschaft aus eigener Kraft durchgeführt werden könnte. Freilich war die damalige Bewegung — eben weil sie nicht aus dem Volke heraus geboren war — nicht von langer Dauer; nach 1845 begann sie abzulauen und überlebte kaum irgendwo das Sturmjahr 1848. Es dürfte sich auch jetzt empfehlen, die Bewegung nicht mit einem Gelübde für die dauernde Enthaltensamkeit zu führen, sondern etwa den Schnapsgenuß zu bohloktieren, bis nicht mindestens das Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag erlangt ist — die längere Enthaltung vom Schnaps wird bei dem heutigen höheren Kulturstand von selbst dazu führen, daß viele für die Dauer dem Schnaps entsagen, nachdem sie mit der zeitweiligen Enthaltung gute Erfahrungen gemacht haben. Gerade diese Ueberlegung wird aber auch die politische Wirksamkeit des Bohlokt gegenüber den Agrariern erhöhen. Und daß die Parole für Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen auch im übrigen Deutschland Anklang findet, ist sicher — haben doch unsere süddeutschen Brüder längst erkannt, daß die Wurzel der Reaktion in Deutschland im preussischen Landtag gedeiht, und in dieser Erkenntnis haben sie uns wiederholt jedwolge Unterstützung in unserem Wahlrechtskampf versprochen.

Die Möglichkeit großer und schneller Erfolge ist gegeben — möge der Leipziger Parteitag zu einem kräftigen Entschluß kommen.

Berechtigter Anspruch auf die Lantime.

Die Frage, ob ein Arbeiter nach der Lösung des Arbeitsverhältnisses noch einen Anspruch auf Lantime hat, hatte die Kammer 8 des Gewerbegerichts in ihrer gestrigen Sitzung zu entscheiden. Kläger war der Arbeiter A., der bei der Firma B. Konzet, Glaschüttenwerke Aktien-Gesellschaft, bis zum 15. Mai d. J. beschäftigt war. Die Firma pflegt an ihre Arbeiter alljährlich nach Abschluß des Geschäftsjahres, der immer am 1. April erfolgt, Lantime zu zahlen. Auch der Kläger hatte in den Vorjahren schon eine solche erhalten. Für das verfloßene Geschäftsjahr 1908/09 ist sie ihm vorenthalten worden. Die Beklagte wendet ein, daß die Zahlung der Lantime keine vertragliche, sondern lediglich eine freiwillige Leistung sei, auf die Kläger keinen Anspruch habe. Nur Arbeitern, die bei ihr verbleiben, könne eine solche gezahlt werden. Der Kläger habe sich aber zu bemerken, daß er entlassen werden mußte. Das Gericht verurteilte jedoch die Firma zur Zahlung der geforderten 60 M., da der Lantimeanspruch für eine Zeit gefordert wird, in der die Beklagte mit dem Kläger aufrieden war.

Gewerkschaftliches.

Selber Schwindel.

Vom Verband der Bäder erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch die Parteipresse läuft jetzt eine wertvolle Zusammenstellung der Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft in 15 Hauptindustriegruppen. Es sind in jeder zunächst alle Organisierten zusammengezählt und dann gleich Hundert gestellt; für die einzelnen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen, die anschließend aufgeführt werden, ergibt sich somit der entsprechende Anteil nach Prozenten. Der mit dieser Arbeit geschaffene Gesamtüberblick fällt erfreulicherweise eine Lücke in der Gewerkschaftsstatistik aus und wird gute Dienste leisten. Für die Zahlen, die für die Nahrungsmittelindustrie angegeben werden, müssen wir aber noch einige Bemerkungen machen. Das Prozentverhältnis der Gelben wird für diese Gruppe zu 9,1 angegeben, und es heißt in der Erläuterung weiter noch: „Die Bedeutung der Gelben verschwindet bei dieser Zusammenstellung vollständig, wenn auch gesagt werden kann, daß sie numerisch in einzelnen Industrien recht stark ausfallen, die Umbildung in prozentuale Verhältnisse zeigt ihre geringe Stärke in richtiger Beleuchtung. Nur im Nahrungsmittelgewerbe erreichen die gelben Bäder eine Quote von fast 10 Proz.“ Damit diese Angabe von den organisierten Arbeitern der freien Gewerkschaften nicht wirklich als feststehende Tatsache genommen wird, wollen wir hierzu eine Richtigstellung bringen: Es stimmt allerdings, daß der Bund der gelben Bäder seine Stärke auf 10 000 angegeben hat. Man besah die beispiellose Dreifachheit, auch die Reichsbehörden mit diesen Angaben hineinzulegen, so daß sie nun von dort aus in den offiziellen Zusammenstellungen erscheinen; damit werden sie aber noch lange nicht richtig. Zutreffend ist nur folgendes: Der gelbe „Bund der Bäder- und Konditorgehilfen Deutschlands“ gab auf seinem Bundestage in Kiel im vorigen Jahre im Kassenbericht eine Gesamteinnahme von 2547,61 Mark an. Da der Bundesbeitrag pro Kopf und Jahr 50 Pf. beträgt — einige Ortschaften zahlen 60 Pf. —, so ergibt sich, daß nicht 10 000, sondern nur die Hälfte der Mitglieder in Betracht kommen konnte. Aber in der Gesamteinnahme stecken auch noch die ganz beträchtlichen Zuschüsse und Schenkungen, die die Aushalter der gelben Sippe, die Innungen, nachweisbar geleistet haben, und somit ist die Mitgliederzahl des Bundes noch weit geringer. Nach den Ermittlungen, die der Verband der Bäder anstellte, kommen kaum 2000 gelbe Bäderehilfen in Betracht. Diese Zahl wurde auch wiederholt im Verbandsorgan veröffentlicht und die Bundesleitung aufgefordert, ihre gegenteiligen Behauptungen durch Mitglieder-aufrechnungen nach einzelnen Orten und Beitragsabrechnungen zu belegen. Aber man hat dies auf jener Seite selbstverständlich bleiben lassen.

Der Unterschied zwischen 2000 und 10 000 kommt doch wohl für die Bewertung der ganzen Organisationsverhältnisse etwas zu sehr in Betracht, als daß er hier nicht noch besonders hervorgehoben werden sollte. Bei der Vertreibung der statistischen Aufmachungen über die Arbeiterorganisationen in den Industriegruppen müssen also diese Angaben mit Berücksichtigung werden, wenn man zu einem richtigen Bild kommen will.

Berlin und Umgegend.

Der Tarif der Verputz-, Horn- und Steinarbeiter, die im Holzarbeiterverbande organisiert sind, wurde am 15. Oktober abgelaufen, falls er bis zum 15. September gefündigt wird. Er ist nach der Lohnbewegung im Jahre 1908 abgeschlossen worden und setzt unter anderem einen Mindestlohn von 27 M. fest, sowie eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden an den fünf ersten Wochentagen und 8 Stunden am Sonnabend. — In einer am Montag abgehaltenen Versammlung nahmen die Arbeiter dieser Branche Stellung zur Frage der Kündigung des Tarifs. — Die Versammlung beschloß, von einer Kündigung des Tarifs abzusehen. Für den Fall, daß die Arbeitgeber den Tarif kündigen, soll jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entschieden zurückgewiesen werden. Die Arbeiter verpflichten sich, den Tarif auch in den Werkstätten, wo er noch nicht in allen Punkten durchgeführt ist, vollständig zur Anerkennung zu bringen, was besonders in bezug auf die Arbeitszeit gilt, die noch in manchen Fällen überschritten wird. Die Branchenkommission wurde beauftragt, zu diesem Zweck Sitzungen mit den Arbeitern aller Werkstätten abzuhalten.

Verband der Stukkateure!

Die Mitgliederversammlung am 6. September faßte den Beschluß, daß in allen Fällen, wo die Generalkommission oder die Berliner Gewerkschaftskommission zur Unterstützung freitender oder ausgesperrter Arbeiter auffordert, die Ortsverwaltung das Recht hat, erhöhte Wochenbeiträge zu erheben, um die notwendigen Mittel zur Unterstützung aufzubringen. Schon jetzt sollen die auf Listen à conto gegebenen 500 M. durch erhöhte Beiträge aufgebracht werden. Die auf den Listen gesammelten Gelder sollen sofort nach Überweisung werden. Die Listen sind umgehend abzurechnen! Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Maser haben in Schneidemühl nach fünfwöchentlichem Kampf den allgemeinen Streik aufgehoben. Wenn es auch bis jetzt zu keinem Tarifabschluß gekommen ist, so sind doch alle Streikenden bei den beteiligten Firmen untergebracht. Wie noch bekannt sein dürfte, handelte es sich in der Hauptsache um die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, und Festschließung eines Mindestlohnes von 45 Pf. Die Forderungen haben noch nicht bewilligt und sind daher gesperrt die Werkstellen von: Steierabend, Grasszynski, Saenger, Krüger, Steinke, Reimann, Warduhn, Funf und Senstleben. Da alle Plätze zu den neuen Bedingungen besetzt sind, ist der Zugang nach Schneidemühl nach wie vor streng fernzuhalten. Die Bezirksleitung.

Die Tabakarbeiter suchen sich gegen die Folgen der Tabaksteuererhöhung zu schützen.

Die Leitung der vereinigten Zigarren- und Tabakfabriken, Wilhelm Brunglow u. Sohn, Carl Brunglow, George Brätorius, in Firma August Deter, Berlin, hat dem von der B. Bauleitung vorgebrachten Wunsch zugestimmt. Danach werden die in der Filialfabrik in Pasewalk beschäftigten Zigarren- und Widelmagerinnen nicht entlassen. Die eine Hälfte des Personals wird abwechselnd 14 Tage lang ausgesen, während die andere Hälfte arbeitet. Dieses Arbeitsverhältnis trat am Montag (6. September) in Kraft.

Zum Kampf im Baugewerbe zu Ederförde.

Die Streikbrechergarde, die von der Firma „Auguste Müller“ von Hamburg nach Ederförde geschleppt wurde, scheint nach wenigen Tagen hier abgewirtschaftet zu haben. Die in dem Hotel „Seegarten“ von den Unternehmern untergebrachten Arbeitswilligen sollen die Betten teilweise verkauft haben, so daß sie im Arbeitshaus untergebracht werden mußten, um ihre Kleider zu reinigen. Auch haben sie verschiedentlich Konflikte mit den Unter-

nehmern gehabt, bei denen den Unternehmern von den Streikbrechern Prügel angeboten worden sind. Diese Vorfälle dürften können nun wahrscheinlich die Unternehmer nicht vertragen, weshalb nunmehr der Bürgermeister von Ederförde als Friedensstifter angerufen ist. Nachdem die Unternehmer mit dem Bürgermeister verhandelt hatten, erhielt die Streikleitung der Maurer und Zimmerer von demselben dieser Tage ein Schreiben, worin der Bürgermeister in Rücksicht darauf, daß auch die Stadt selbst durch den Streik auf die Dauer in Mitleidenschaft gezogen wird, zur Verhandlung seine Vermittlung anbietet. Die Streikleitung der Maurer und Zimmerer hat dem Bürgermeister mitgeteilt, daß die Arbeitervertreter an der Verhandlung teilnehmen werden. Die Verhandlungen sollen im Rathaussaal stattfinden.

Die Hiesigen Breslauer befinden sich seit dem 1. September im Streik. Die Unternehmer kündigten am 27. Juli d. J. den Tarif und sandten zugleich einen Musterlohn ein, welcher 20 bis 30 Proz. Lohnreduzierung vorsieht. Da sich die Breslauer Unternehmer nach Berlin gewandt haben, um Arbeitswillige heranzuholen, sei gerade hier besonders vor Zugang gewarnt.

Tarifverträge in der Brauindustrie.

Nach 1 1/2 Jahre dauernder Lohnbewegung ist ein Tarifvertrag mit den Brauereien im Bezirk Düsseldorf zustande gekommen. Der Brauereiarbeiterverband hatte bei dieser Bewegung mit großen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, wodurch sich die lange Verzögerung erklärt. Der Schlichter der Brauereien für Rheinland-Westfalen übte die bei ihm so beliebte Verschleppungspolitik in geradezu sträflicher Weise. Unterstützt wurde er dabei durch das Verhalten der Leitung des jetzt selig entschlafenen christlichen Brauereiarbeiterverbandes und des gelben Brauerbundes. Die Gelben erklärten, an einen Streik wäre bei ihnen nicht zu denken, das müßten sie anderen überlassen, und die Leitung des christlichen Verbandes berief inmitten der Bewegung eine Versammlung ein und rief in Rücksicht auf die Krise zur Vertagung der Bewegung. Dabei machte sich die Krise bei Beginn der Bewegung schon ebenso geltend wie zu dieser Zeit. Zu den letzten entscheidenden Versammlungen trieben die Christen Watkia in den Brauereibetrieben, um die Bewegung vor dem Unternehmertum lächerlich zu machen. Trotz alledem wurde ein annehmbarer Tarifvertrag erreicht. Die Lohnhöhe beträgt 1,50 M. bis 2,50 M. pro Woche, die Vergütung der Wochentagsarbeit um 1 M. erhöht, die der Sonntagsarbeit um 10 Pf. pro Stunde.

Mit der Aktienbrauerei Gütersloh schloß der Brauereiarbeiterverband ebenfalls einen Tarifvertrag ab, nach dem für die dort beschäftigten Brauereiarbeiter eine Lohnhöhe von 3 M. pro Woche eintritt. Ferner wurden die Überstunden um 10 Pf. pro Stunde erhöht, bei Krankheit wird vom zweiten Tage ab die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gewährt, bei Schmutzarbeiten, wie Kesselreinigen, wird den Arbeitern pro Tag 2 M. Zuschlag gewährt. Auch stellt die Firma Anzüge hierzu.

Achtung, Tabakarbeiter!

Die Zigarrenarbeiter in Westfalen befinden sich im Streik bei den Firmen Reusch u. Cie., Werther, Widemann u. Holte, Gunnebrock; Sib Burgdamm; Koch, Herford. Differenzen bestehen bei Kabaker, Lemgo (Rippe); Rosenheim, Filiale Drake, Rippe; Richmann u. Cie., Sehlenbeck bei Lübbecke (Westfalen).

Das wahre Gesicht des Denunzianten.

Auf dem Bergwerk Jessenitz bei Lübtzchen (Meklenburg) wurden im März d. J. drei Arbeiter gemahregelt, weil sie von einem gewissen Donner denunziert worden waren, sie hätten ihn „fortwährend“ mit dem Verlangen „belästigt“, er solle dem Fabrikarbeiterverband beitreten. Da er aber keine Lust habe, dem genannten Verbands „sein Geld“ zu opfern, hätten es die drei fortwährend auf ihn abgesehen. Solche Leute muß man in Schutz nehmen“, sagte Direktor Kulle und besetzte die Enklaffung der drei Arbeiter wegen „Agitation auf dem Werke“. Ende August wurden nun auf demselben Werke 46 Stück Kupferrohre im Werte von circa 300 M. gestohlen. Der Veracht der Täterschaft lenkte sich auf verschiedene Leute, bis man jetzt den Denunzianten Donner unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet hat.

Man kann es dem Manne gern glauben, daß er die gewerkschaftliche Organisation nicht nötig hatte. Er hatte in der Tat ein probales Mittel gefunden, zwischen den auf Jessenitz gezahlten Löhnen und den Kosten der heutigen Lebenshaltung einen Ausgleich zu schaffen. Es fragt sich nur, ob dem Direktor Kulle die Art, wie Donner die Lohnfrage löste, lieber ist, als die Methode der freien Gewerkschaften.

Die Schleifereibesitzer in Hamburg haben den Glasschleifern einen Tarif unterbreitet, der für die Arbeiter unannehmbar ist. Der Minimallohn betrug bisher für Facettenschleifer 65 Pf. pro Stunde, er soll jetzt nach dem neuen Tarif auf 60 Pf. herabgesetzt werden. Die Arbeitszeit betrug 9 Stunden, am Sonnabend 8 Stunden und an den drei Tagen vor den hohen Festen nur 6 1/2 Stunden, doch wurden 9 Stunden voll bezahlt. Nach dem neuen Tarif soll nur die wirklich geleistete Arbeit bezahlt werden und die Stunde am Sonnabend wie an den Tagen vor dem Fest in Fortfall kommen. Die Lohnzahlung an den Sonnabenden war oft eine unpraktische und die Arbeiter mußten längere Zeit auf den Lohn warten. Betrag die Bezugszeit länger als eine halbe Stunde, so mußte diese Zeit dem Stundenlohn entsprechend bezahlt werden. Dies soll nicht mehr geschehen. Überstunden wurden bisher mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt. Dieser Aufschlag soll fortfallen, und zwar bei allen den Arbeitern, die durch irgendwelche Vorkommnisse die Arbeit versäumt haben, so in Krankheitsfällen oder bei Wahrnehmung irgendeines Termins. Demnach dürften die Arbeiter wohl niemals daran denken, für Überstunden den Aufschlag zu erhalten. Nach dem bisher geltenden Tarif wurden den Glasschleifern wasserdicke Schürzen und Gamaschen geliefert, damit sich die Arbeiter vor dem herabstehenden Wasser schützen konnten. Auch dazu wollen sich die Schleifereibesitzer nicht mehr bereitefinden. Will sich der Arbeiter gegen rheumatische Krankheiten schützen, dann soll er dies auf eigene Kosten ausführen. Auch wollen die Unternehmer den Tarif auf drei Jahre festsetzen. Die Arbeiter haben den Tarif abgelehnt und sind bereit, den alten Tarif auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Gehen die Unternehmer darauf nicht ein, dann dürfte es am 1. Oktober zum Kampfe kommen. Es werden deshalb schon jetzt alle Glasschleifer ersucht, Hamburg zu melden.

Vereinbarungen zwecks Vermeidung von Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie.

In Rücksicht auf die Vereinbarungen zwischen dem Hauptverband der Brauereiarbeiterverbandes und den Leitungen der Brauereiarbeiterorganisationen haben in Verhandlung nun auch die Brauereien im Bezirk Juidau sich verpflichtet, Arbeiter wegen Konsumrückgang bis zum 1. Mai 1910 nicht zu entlassen.

Holzarbeiterstreik in Mannheim und Ludwigshafen. Zwei am 4. September stattgefundenen Versammlungen der Holzarbeiter und Glaser beschlossen den sofortigen Ausstand. Es stehen vom 6. September ab in Mannheim und Ludwigshafen 800 Holzarbeiter und 200 Glaser im Streik. Ursache des Streikes ist die Verschleppungspolitik, die seit einem halben Jahre von den Unternehmern getrieben wurde. Diese wollen bei allen Verhandlungen nicht selbständig handeln, sagen aber nie Bescheid, wie sich der Hauptverband des Unternehmervereins zur Sache stellt. Auch bei der am 1. September stattgefundenen Verhandlung trieben die Unternehmervertreter dieses Spiel, weshalb die Arbeiter den Kampf mit dem Mittel des Streikes ausfechten wollen. Zugang ist streng fernzuhalten nach Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen.

Die Berliner Arbeiter und der schwedische Generalstreik.

Eine imposante Versammlung war es, in der Genosse Branting aus Stockholm gestern Abend vor Berliner Arbeitern sprach. Der große Saal des Gewerkschaftshauses reichte nicht aus, um die Massen der Versammlungsbesucher zu fassen. Viele mußten darauf verzichten, einen Platz zu finden, denn Saal und Galerien waren lange vor Beginn der Versammlung von einer Kasse an Kopf gedrängten Menge besetzt. — Nicht nur das Verlangen, aus dem Munde eines berühmten Vertreters der schwedischen Arbeiterschaft eine Schilderung des großen Kampfes zu hören war es, was die Berliner Proletariat in so großer Zahl in die Versammlung geführt hatte. Den stärksten Anteil zu dem Massenbesuch bildete das Bedürfnis, den kämpfenden schwedischen Arbeitern die Sympathie und unerschütterliche Solidarität des Berliner, ja des deutschen Proletariats zu bekunden. Diese Empfindung kam unzweideutig zum Ausdruck in dem starken und andauernden Applaus, mit dem Genosse Branting bei seinem Erscheinen am Rednerpult begrüßt wurde.

Die ersten Worte, welche Genosse Branting an die Berliner Arbeiter richtete, waren Worte des Dankes, die er namens der im Kampfe stehenden schwedischen Arbeiter an die Berliner und die deutsche Arbeiterschaft richtete. Des Dankes für die Sympathie und Solidarität, welche die deutschen Arbeiter ihren schwedischen Brüdern — wie Branting sagte — nicht durch Phrasen, sondern durch die Tat bekundet haben. — Weiter gab Genosse Branting eine Darstellung des Kampfes. Er betonte, daß die schwedischen Arbeiter genötigt waren, in diesen Kampf einzutreten, um die Herrschaftsgelüste der Unternehmer zu brechen. Daß die schwedischen Arbeiter diesen Kampf ausgenommen und durchgeführt haben, das werde ihnen zur dauernden Ehre gereichen. (Beifall.) Die Ziele des Kampfes seien nicht die, welche Anarchisten und Anarchozialisten als Ziele des Generalstreiks träumen. Nicht die bürgerliche Gesellschaft sollte durch den Generalstreik beseitigt, sondern nur das von den Unternehmern schändlich angegriffene Koalitionsrecht verteidigt werden. Dem Kampfe sei ein Ziel gesetzt, was erreicht werden könne und erreicht werden solle. In Notwehr kämpft die Arbeiterschaft Schwedens. Das Recht der Notwehr könne die Arbeiterklasse sich auch durch Verträge nicht nehmen lassen. (Beifall.) Die ganze bürgerliche Gesellschaft und im Bunde mit ihr die Regierung stehe im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Das Wort von der einen reaktionären Masse habe sich hier wieder bewahrheitet. Das Haupt der Regierung, der König, wisse in dieser ersten Zeit nichts Besseres zu tun, als Elentiere zu jagen. Es liege nicht im Interesse der Arbeiterschaft, die Koalition aller bürgerlichen Elemente zu einer dauernden zu machen. Deshalb habe die schwedische Arbeiterschaft die Kampffront geändert. Der Kampf selbst aber dauert fort, ja es scheint, daß er jetzt noch heftiger und erbitterter geworden sei. Die Bourgeoisie wolle Raue nehmen für die Angst, welche sie während des Kampfes ausgesandt hat. Der Unterstützung der skandinavischen und besonders der deutschen Arbeiterschaft hätten es die schwedischen Arbeiter zu danken, daß sie ihren Kampf bis jetzt durchführen konnten. Ich möchte — sagte Branting — den deutschen Arbeitern sagen: Vergesst nicht eure schwedischen Brüder. Unterstützt sie auch ferner, so wie ihr es bisher getan habt, dann werden wir unseren Kampf, der nicht nur im Interesse des schwedischen, sondern des ganzen europäischen Proletariats geführt wird, bis zum ehrenvollen Frieden führen können. —

Der fürnische Beifall, der dem Vortrage des Genossen Branting folgte, bewies, daß die Zuhörer willens sind, den Appell an die Solidarität und Opferwilligkeit des deutschen Proletariats in die Tat umzusetzen.

Ein anarchischer Diskussionsredner hielt die Gelegenheit für passend, um die anarchische Idee des Generalstreiks zu propagieren, wodurch er den Unwillen der Mehrheit der Versammlung hervortief.

Genosse Robert Schmidt brachte hierauf die Erörterung wieder auf die Höhe, welche der Bedeutung der Sache angewiesen ist. Er erklärte, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, über die Lehren des schwedischen Generalstreiks zu diskutieren. Die schwedischen Arbeiter seien mit einer Zielfarbe in den Kampf gegangen, die unsere volle Anerkennung verdiene, ebenso wie die Ruhe und Besonnenheit, mit der sie den Kampf führen. Das gereiche den schwedischen Arbeitern zur Ehre, wie auch der Kampf erden möge. Dem Genossen Branting geben wir die Versicherung, daß wir den Kampf unserer schwedischen Brüder auch ferner unterstützen. Wir sind mit unseren Hilfsmitteln noch lange nicht am Ende. Der Kampf der schwedischen Arbeiter beruht auch auf unsere Interessen, darum unterstützen wir ihn bis zum letzten. (Sturm, Beifall.) Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die den kämpfenden schwedischen Arbeitern volle Sympathie und fernere Unterstützung zusagt. — Dieser Beschluß wurde sofort in die Tat umgesetzt durch Veranstaltung einer Kellersammlung für den Generalstreik.

Mit einem brausenenden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Glänzender Sieg in Stollberg-Schneeberg.

Zwönitz, 7. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Reichstagswahl erhielt Genosse Schöpflin 21 178 Stimmen, der bürgerliche Milchmalkandidat Borwerk 9368 Stimmen. Schöpflin ist also mit erdrückender Majorität gewählt.

Das Ergebnis ist ein ganz besonders glänzendes. Die Sozialdemokratie hat gegen die Wahl von 1907, wo sie 19 000 Stimmen erhielt, um 1178 Stimmen zugenommen. Sie hat selbst die glänzende Stimmzahl des Jahres 1903, die 20 096 betrug, überflügelt. Dagegen haben die vereinigten Bürgerlichen gegen 1907, wo sie 14 606 erzielten, um mehr als 5000 Stimmen verloren. Eine derbe Quittung für die Reichsfinanzreform!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die beiden Rivalen.

London, 7. September. „Evening News“ veröffentlicht folgendes an den „New York Sun“ gerichtete Kabeltelegramm aus St. Johns (Neufundland): Peary und seine Anhänger bezeichnen den Bericht Cooks als gänzlich unglaubwürdig, sie erklären, daß Cook nicht die für ein derartiges Unternehmen notwendige Ausrüstung besessen habe und nicht bis in die Nähe des Poles gelangt sei. Cook habe einen Weg eingeschlagen, der weitaus von den Wegen aller neueren Polarforscher besetzt sei, damit seine Beobachtungen nicht leicht durch die etwaiger Rivalen nachgeprüft werden könnten.

St. Johns, 7. September. (Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Der Dampfer der Peary-Expedition „Roosvelt“ ist von Indian Harbour nach Battle Harbour abgefahren.

Für den schwedischen Generalfreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generalfreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- 8950 Tischlerei v. Köhler 4,25. Sparverein „Viel Glück“ 10,—. D. N. H. B. 1,—. Kollegen v. Kraus 5,60. Kollegen b. A. Schulte Nachf. 2. Rate 17,35. Stammgäste bei D. Dietrich 3,55. Kollegen bei Gehr. Müller 5,70. ...

- Kranke u. Heber, 3. Rate 19,45. 9259 Klavierarbeiter v. G. Schwedien, 3. Rate 28,40. Kranzüberzug von H. Kühn 5,10. 8169, 8170 und 8171 Buchbinderei Köhler, 4. Rate 47,15. ...

6971 15,50. 5072 35,75. Daimler, 4. Rate 8386 13,30. 8387 22,—. 8888 20,95. 8389 21,50. 8390 40,25. 8391 19,—. 8392 15,75. 8393 6,15. ...

Gelder, welche per Post eingesandt werden, sind an A. Rörten, Engelfufer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelfufer 15 I, Zimmer 23, vormittags zwischen 9—12 1/2 Uhr und nachmittags zwischen 4—7 1/2 Uhr abzugeben.

Die Listen 8395, 8387, 1194, 7248, 5282, 5285, 1880 und 2614 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Zu Nr. 193 muß es heißen R. Carl 54,25 M., nicht 24,25 M. — Auf der Liste Nr. 1728 sind von der A. E. G., Brunnstraße, 21,80 M., nicht 6,50 M. gezehnet worden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

9. Kongreß der tschechischen Sozialdemokratie.

Erster Tag. Prag, 5. September. Heute begann in Prag der 9. Kongreß der tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Er tagt im städtischen Nationalhaus in Prag, in demselben Prager Korridor, in dem vor 30 Jahren in einem kleinen Wirtshaus der erste tschechische Parteikongreß getagt hatte. ...

Zu das Präsidium wurden gewählt: Steiner (Prag), Jarosch (Prag), Pánel (Brünn) und Tomášek (Wien). Vor dem Eingehen in die Tagesordnung beantragte Abg. Dr. Soukup einen Protest gegen die geschwindige Schließung der tschechischen Privatbanken in Niederösterreich. ...

Worauf folgt die Begrüßungen. Hr. Kratochvíl überbringt die Grüße der Sozialdemokratie Bulgariens, die die Vormacht des Sozialismus auf dem Balkan ist, sowie die Grüße der jungen sozialdemokratischen Organisation von Ragadonien. ...

Worauf erstatet Bruha (Prag) den Tätigkeitsbericht der Parteierziehung. Das Wesentliche davon ist bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt worden.

Kleines feuilleton.

Die Entdeckung des Nordpols. Es ist noch nicht viel mehr als ein Menschenalter her, seit der berühmte englische Nordpolfahrer Peary, der 1876 die höchste bis dahin erreichte nördliche Breite mit 83 Grad 30 Minuten 26 Sekunden maß, in einem lakonischen Telegramm den Nordpol für unerreicht erklärte. ...

von Peary hören, der in einigen Tagen in New York ein treffen wird.

Sprichwörter der Nissiten. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid: Aus Anlaß des Krieges mit den Nissiten finden sich in spanischen Wältern manche Betrachtungen über Sitten und Bräuche der feindlichen Stämme. ...

Ein Ruinenhaufen in der Wüste Gobi. Der Afientreuer Dr. A. Koslow, der sich auf der Rückreise aus der Mongolei befindet und kürzlich Kjachia passierte, wird voraussichtlich im September in Petersburg eintreffen. ...

Humor und Satire.

Coof. Mutter, das Schiff mit den Coofs ist da, Herr Coof, Frau Coof rufen Heureka. Er hat ihn entdeckt, Sie hat ihn entdeckt, Der im Schnee wie der Nordpol war versteckt. ...

Historisches, von eine alte Frankfurter. Der selig' Korfersicht von Desse hat einmal geheert gehabt, das sei Hof- u. Leibkomponist e neu Oper geschriwwe hatt. Also hat er zu seim Hofmarschall gefäch: „Philipp“, hat er gefäch, „heut awend will ich die neu Oper gucke, wo mei Hof- u. Leibkomponist verzappt hat!“ ...

(. Jugend.)

Parteitag für Schleswig-Holstein, Herzogtum Lauenburg und Fürstentum Lübeck.

Am Sonntag und Montag tagte in Wandersbek bei Hamburg der von 105 Delegierten und Parteifunktionären besuchte Provinzialparteitag. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin R. Zieh-Berlin erschienen. Parteisekretär Partels erläuterte den von uns schon ausführlich wiedergegebenen Geschäftsbericht, aus dem ersichtlich ist, daß trotz wirtschaftlicher Depression die Zahl der organisierten Genossen und Genossinnen in ständigem Wachstum begriffen ist. In der Debatte bemerkte Adam-Kiel, die bisherigen Wahlrechtsdemonstrationen hätten nicht den nötigen Eindruck gemacht und seien nicht geeignet, die preussische Reaktion zu erschüttern, dazu bedürfe es anderer Mittel. Auf dem bisherigen Wege werde man nicht weiterkommen. Hering-Schleswig meinte, die Parteifeier sei in einen chronischen krankhaften Zustand geraten, hervorgerufen durch die Bremserklasse der Gewerkschaften. Jakobson-Vodstedt: Der agitatorische Charakter der Parteifeier dürfe nicht unterschätzt werden, man solle sich energisch ins Zeug legen für ihre Ausgestaltung. — Poller-Kiel: Die Wahlrechtsdemonstrationen haben doch insofern ihren Zweck erfüllt, als wir uns das Recht auf die Straße erobert und so erzwungen auf die Polizei eingewirkt haben, die jetzt nicht mehr sofort den Säbel oder die Browningspistole zieht, wenn Arbeiter zusammenströmen. Wenn von anderen Mitteln gesprochen werde, so solle man diese auch angeben.

In der weiteren Debatte wurde namentlich die Notwendigkeit der Organisierung der Frauen und der Jugend betont. Von anderen Rednern, so von den Altonaer Delegierten, wurde der imposante Charakter der Wahlrechtsdemonstrationen hervorgehoben, deren Bedeutung doch in die Augen springend sei. — Frau Zieh behandelte die Einwände des Genossen Partels gegen den Vorschlag von Parteileitung und Generalmission betr. Bildung von Bezirken zur Unterstützung der anlässlich der Beteiligung an der Parteifeier Gemahregelien. Sie hoffe, daß diese Vorschläge in Leipzig zur Annahme gelangen. Daß keine anderen Vorschläge gemacht werden könnten, liege an den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses. Den ewigen Debatten über die Parteifeier würde dann der Boden entzogen sein. Durch diese Debatten sei Risikostimmung auch in den Reihen der Anhänger der Parteifeier hervorgerufen worden, zumal statt grundsätzlicher Auffassung rein technische Erwägungen Platz gegriffen hätten. Einig sei man sich darin, daß von einem Aufgeben der Parteifeier nicht die Rede sein könne. Der Gedanke sei doch lebendig, und es sei auch an dieser Stelle gestreift worden, daß wir — z. B. zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen — noch zu ganz anderen Demonstrationen und Kampfmitteln greifen müssen. Daher solle man die Parteifeier als Demonstrationen nicht preisgeben. Wenn gesagt werde, die Abmachungen seien für den Bezirk Schleswig-Holstein nicht günstig, so sei das eine Verkennung der Absicht, die den Vorschlägen zugrunde liege. Es sei ja nicht an die jetzt bestehenden Bezirke gedacht, sondern es sollten Bezirke gebildet werden mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Wirtschaftlich schwache Bezirke müßten an leistungsfähige angegliedert werden. Sei erst den jetzigen Debatten der Boden entzogen, sei die Frage der Unterstützung geregelt, dann werde die Beteiligung an der Parteifeier eine größere und deren demonstrative Wirkung eine immer wichtigere werden. — Precour-Kiel: Verkleinerungsbucht sei nicht angebracht angesichts der wirklich gelungenen Demonstrationen. Habe man denn geglaubt, auf dem ersten Sieg, mit der ersten Demonstration das allgemeine Wahlrecht für Preußen erringen zu können? Nicht auf den einzelnen Bezirk, sondern auf die Gesamtbewegung solle man den Blick richten. Deshalb vergesse man den Arbeitern nicht die Freude an diesen Demonstrationen. Auch der Massenstreik werde einmal, wenn die Erziehungsarbeit so weit fortgeschritten sein werde, zur Anwendung gelangen können. Bezüglich der Parteifeier stellt Redner sich auf den Boden der von Genossin Zieh entwickelten Anschauungen.

Wie von Kiel und Altona wird auch von Flensburg und anderen Orten der vorzügliche und eindrucksvolle Verlauf der Demonstrationen hervorgehoben.

Der Voranschlag des Etats für 1909/10 sieht eine Einnahme von 26 568 M. und eine Ausgabe von 26 594 M. vor.

Schluss des ersten Verhandlungstages.

Die Montagssitzung begann mit der Berichterstattung über die Presse. Das Kieler Parteiorgan ist, entsprechend den Beschlüssen des vorjährigen Parteitages, inhaltlich ausgestaltet worden. Der Abonnentenstand ist im allgemeinen etwas zurückgegangen, aber in Kiel gestiegen. Sämtlichen Arbeitern und Angestellten, die über fünf Jahre im Geschäft tätig sind, wurde eine Woche Ferien mehr zu den bereits gewährten zugebilligt. Die Abrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 368 438,30 M. Ein nord-schleswigischer Delegierter wünscht die Schaffung eines eigenen Organs für das dänische Sprachgebiet, was von anderer Seite unter Hinweis auf den Kostenpunkt und die fehlenden Voraussetzungen als zurzeit undurchführbar bezeichnet wurde.

Ueber den Entwurf des neuen Organisationsstatuts referierte Precour-Kiel, der im allgemeinen sich mit dem Entwurf einverstanden erklärte. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen.

Genosse Adler sprach sodann über: „Unsere Tattil bei den Kommunalwahlen“. Der Altonaer Parteitag 1907 beschloß, daß eine Beteiligung an den Magistratswahlen in der Regel unterbleiben solle; nur mit Zustimmung der Parteieinstimmen sollte sie zulässig sein. Ferner wurde damals beschlossen: „Sozialdemokratische Gemeindevertreter dürfen in den Präsentationskommissionen nie für einen bürgerlichen Kandidaten für den Magistrat eintreten, und kein Genosse darf ohne vorherige Zustimmung seines Orts- oder Kreisvereins für den Magistrat kandidieren.“ Diesen letzten Passus beantragte der Ortsverein Kiel zu streichen. Außerdem wird beantragt, daß die Beteiligung an Magistratswahlen zulässig sein soll, jedoch nur mit gemeinsamer Zustimmung des Ortsvereins, des Kreisverbandes und der Agitationskommission für die Provinz. Diese Anträge fanden Annahme.

Ueber die „Landarbeiterorganisation“ sprachen Partels-Altona und der Vorsitzende dieser Organisation, Schmidt-Berlin. Der Organisierung des ländlichen Proletariats soll die größte Aufmerksamkeit zugewendet und die schon bestehenden Anfänge ausgebaut werden.

Beschlossen wurde, den Parteibeitrag generell auf 40 Pf. zu bemessen. Der Beschluß soll bis zum 1. April 1910 zur Durchführung gelangt sein.

Der Parteisekretär wurde einstimmig Genosse Partels wiedergewählt.

Der nächste Parteitag findet in Orlowen statt.

Genossin Zieh begründete mit feurigen Worten eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde und in der es heißt:

„Der Parteitag sieht in der heldenmütigen Erhebung der Proletarier Spaniens, die trotz blutiger Reaktion und schwacher Organisation das äußerste wagten, um die bluttriefende Geißel des Völkermordes ihrem Volke und den Hälften der Armut fernzuhalten, eine glänzende Bekundung der Tatsache, daß das Proletariat der einzige allmächtige Förderer des Weltfriedens ist.“

Der Parteitag sieht ferner in dem bewundernswürdigen Großstreik, mit dem die Arbeiterschaft Schwedens mit bisher unbekanntem Mut durch brutalen Überfall ihrer Arbeitsstätten zurückweist, einen durchschlagenden Beweis dafür, daß ein gescheitertes, klassenbewußtes Proletariat in der Tat die Macht in Händen hat, der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu machen.

Der Parteitag erkennt aus diesen Gründen an, daß die spanischen Arbeiter wie die schwedischen Arbeiter durch ihre Taten sich den Dank des klassenbewußten Proletariats reichlich verdienen haben und spricht den Kämpfern im pfeifendsten

Spanien wie im von Kapitalisten ausgebeuteten Schweden die höchste Bewunderung und die wärmste Sympathie aus.“

Dann schloß der Parteitag unter dem Gesange der Arbeitermarschlied.

Vom Bierkrieg.

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft gegen die Bierverteilung trägt seine Früchte. Wie uns aus Solingen berichtet wird, hat der Bierkrieg im Kreis Solingen nach kaum dreitägigem Kampfe bereits eine Wendung zugunsten der Konsumenten genommen. Die Drohungen der dortigen Brauereien, die Hypotheken den Gewerkschaftshäusern zu kündigen und die organisierten Brauergehilfen bei Erklärung des Bierbojotts auf Straßenpflaster zu werfen, hat die organisierte Arbeiterschaft nicht abzuhalten vermocht, den Bierverteilern am letzten Mittwoch den offenen Krieg zu erklären. Die Wirte haben wohl schon im voraus, welche Verhältnisse die Solinger Arbeiterschaft fallen würden, und so gingen sie dem her und bestellten vor Inkrafttreten des Ausschlags von 4 Mark pro Hektoliter, welcher am 1. September in Kraft treten sollte, riesige Mengen Bier, um die Boykottierung der Arbeiterschaft umgehen zu können. Die Wirte und Brauereien hatten aber die Rechnung ohne die Konsumenten gemacht; denn die Arbeiterschaft durchschaute die Pläne der Bierverteilern und sagte den Beschluß, vom 1. September ab überhaupt jeden Biergenuß einzustellen. Die Gewerkschaftshäuser in Solingen und Wald und eine Anzahl dem freien Gast- und Schankwirts-Verband angehörende Wirte schraubten in Konsequenz dieser Beschlüsse ihre Biertränen am 1. September ab, trotzdem sie ebenfalls noch Biervorrat für Wochen hatten. In den übrigen Wirtschaften, wo noch Bier verzapft wurde, tranken die Arbeiter eben etwas anderes. Die Wirkung dieses Vorgehens zeigte sich schon nach wenigen Tagen. Bereits am Freitag erklärte sich eine dem Ring angehörende Brauerei dem Aktionsausschuß gegenüber, welcher von den Volksversammlungen eingesetzt war, bereit, kapitulieren und die Beschlüsse der Volksversammlungen anerkennen zu wollen, die dahin lauteten: „Keine Abvolkung auf den Konsum in Gestalt erhöhter Preise, verkleinerter Gefäße oder verschlechterter Qualität. Wiederherstellung des einseitig verschlechterten Tarifes der Brauereiarbeiter. Austritt der Brauereien des oberen Kreises Solingen aus dem Volkskassens-Verband.“

Zwischen der in Frage kommenden Brauerei und dem Aktionsausschuß kam denn auch am letzten Sonnabend früh eine Einigung auf vorstehender Basis zustande und am Sonnabend nachmittag war das Solinger Parteiblatt in der Lage, 48 Wirte und Pfälzenbierhändler aufzuführen — darunter auch die Gewerkschaftshäuser — in denen ringfreies Bier von abends 6 Uhr an zu haben war. Der Brauereiering und die Wirte der Galtwitzer, kleinere Blöcher einzuführen, wurde also in wenigen Tagen durch die Einigkeit der Arbeiterschaft durchbrochen. Auch die übrigen Brauereien haben sich nacheinander bereit erklärt, Anfang dieser Woche unterhandeln zu wollen. Gegen die übrigen Wirte und Pfälzenbierhändler, die Ringbier führen, dauert der Boykott natürlich noch fort. Das Beispiel der Solinger Genossen sei den übrigen Genossen im Reiche zur Nachahmung empfohlen.

In Duisburg ist der Bierkrieg am Sonntag durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet. Seitens der Brauereien ist zwar an der Verlesung der Wirte mit 4 M. pro Hektoliter festgehalten, doch haben die Wirte ein erhebliches Entgegenkommen gezeigt, indem sie statt der geforderten 25 Pf. pro 1/2 Liter jetzt 20 Pf. und 1/10 Liter für 15 Pf. geben wollen, dagegen bleiben für kleine Gläser 1/10 für 10 Pf. bestehen. Ferner hat der Wirteverein durch Unterschrift erklärt, seine Säle und Vereindräume den freiorganisierten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zur Abhaltung ihrer Versammlungen, Besprechungen und Vergnügungen in derselben Weise zur Verfügung stellen zu wollen, wie jeder anderen Gewerkschaft, Partei oder sonstigen Vereinigung.

Der Syndikus des rheinisch-westfälischen Bezirkes, Herr Dr. Kamper, erklärte, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß diejenigen Brauereibesitzer, welche Säle haben, dieselben gleichfalls den frei organisierten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei überlassen. Die Brauereibesitzer haben ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu garantieren und dürfen den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation keine Hindernisse in den Weg legen, auch keine Entlassungen dieserhalb vornehmen, ebenfalls nicht wegen der erhöhten Brauersteuer.

Zur Ueberwachung der Umhüllung der Vereinbarungen ist eine aus Vertretern der Brauereien, des Wirtevereins, der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei bestehende ständige Kommission eingesetzt, welche Verträge gegen die Abmachungen beim Syndikat der Brauereien und der Wirtevereinigung anzubringen und mit diesen Körperlichkeiten zu erledigen hat.

Die von annähernd 2000 Personen besuchte Volksversammlung erklärte sich unter der Bedingung mit den Abmachungen einverstanden, daß die Forderungen auch wirklich gehalten werden, anderenfalls behalte man sich weitere Schritte vor. Des weiteren sprach die aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzte Versammlung ihre Empörung über die ungerechte indirekte Steuerbelastung durch die bürgerlichen Parteien aus und erklärte, daß nur die sozialdemokratische Partei verstanden habe, die Rechte des Volkes zu wahren.

Auch in Gera ist ein Erfolg des Kampfes zu verzeichnen. Das energische Vorgehen des Gewerkschaftsrates hat den Erfolg gehabt, daß in erneuten Verhandlungen zwischen den Brauereien, den Wirten und Vertretern der Konsumenten, die am 3. d. M. auf Beschluß einer öffentlichen Versammlung stattgefunden haben, die Preisreduzierung auf 2,01 Mark für den Hektoliter herabgesetzt wurde. Es bedurfte allerdings sechshündiger Verhandlungen und der Ankündigung des verschärften Boykotts, um die Brauereivertreter, besonders aber die Wirte, zum Rückzuge zu veranlassen.

In Bochum schieden sich ebenfalls die Wirte an, zu kapitulieren. Der Wirteverein hält zwar offiziell noch an seinen Beschlüssen fest, aber der Vorstand hat keine nennenswerte Befolgung mehr. Eine ganze Anzahl Wirte ist auf Grund einer unter der Hand getroffenen Abmachung zu den alten Preisen und Gefäßen zurückgekehrt.

Aus der Partei.

Der Bericht der Parteivertretung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie

ist soeben erschienen. Er umfaßt die Zeit seit dem Herbst 1907, da die Parteitage nur jedes zweite Jahr — zwischen den gesamtösterreichischen Parteitagen — stattfinden. Der Bericht beschäftigt sich mit den fast in allen Ländern geführten Kämpfen um Landtagswahlreformen, die aber nur in den Alpenländern Erfolg hatten, während in den Industriegebieten der Sudeten, wo der schärfste Klassenkampf tobt, nichts erreicht werden konnte. Seit den allgemeinen Reichstagswahlen von 1907 gewann die Partei bei Landtagswahlen noch die Mandate Freiwaldau-Land (Sachsen) und Jandbrud I dazu, während im Glucksberg-Landskron-Grulich-Land (Schlesien) ein Stimmenerlöb das zu verzeichnen war, der auf die Krise, die die Arbeitslosigkeit des Kampfes und die schlechten Organisationsverhältnisse zurückzuführen sind. In Landtagsmandaten besitzt die Partei — es ist wohl zu beachten, daß hier immer nur von den deutschösterreichischen gesprochen wird — in

Niederösterreich	0	Wägen	1
Steiermark	5	Oberösterreich	1
Salzburg	2	Ränten	1

Ueber den Stand der Parteioorganisation wird mitgeteilt: Es sind etwa 112 000 deutsche Genossen politisch organisiert, wovon 27 000 in Böhmen, 13 000 in Steiermark usw. und 45 000 in Wien — nämlich die regelmäßigen Teilnehmer der „Volksstimme“, welche Gemeinschaft von Wochenblattabonnenten man nur bedingungsweise als eine Parteioorganisation betrachten kann. Den politisch organisierten stehen 550 000 Stimmen und 820 000 deutsche Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Die Monatsbeiträge sind vom

1907er Parteitag mit 20 Heller festgesetzt worden, es gibt aber unter den Lokalsozialisten noch 7,2 Proz., die weniger als 20 Heller, allerdings auch 27,4 Proz., die mehr erheben, darunter ist aber auch wieder Wien, wo als Parteibeitrag die 8 Heller wöchentlich für die „Volksstimme“ gelten.

Politische Verfolgungen gab es insbesondere in Böhmen, wo Verwaltung und Justiz schon halb preussisch-sächsisch sind, zahllose. Verhängt wurden 1177 Tage Arrest, 910 Tage Kerker und 3255 Kronen Geldstrafe.

Die Parteipresse umfaßt 2 Tagesblätter, 4 Blätter, die dreimal, 9 die zweimal, 9 die einmal wöchentlich erscheinen, und 1 Monatsblatt; ferner erscheinen 48 deutsche Gewerkschaftsblätter und eine wissenschaftliche Monatszeitschrift („Der Kampf“). „Der jugendliche Arbeiter“ erscheint monatlich in 7200 Exemplaren als Organ des Verbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs; ferner sind noch zu vermerken das antialkoholische Monatsblatt „Der Abstinenz“, einige Sportblätter, eine Singsammlung und das Wigblatt „Neue Gleichheit“ (14tägig). Die Partei hat die früher private Wiener Volksbuchhandlung erworben und führt sie mit Gewinn als Parteibuchhandlung weiter. Parteidruckereien gibt es in Wien, Reichenberg und Salzburg. Die gesamte Presse und Parteiliteratur liegt unter der Krise.

Ueber die erfreuliche Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften ist bereits vor einiger Zeit in diesem Blatte berichtet worden, wir können daher die hierauf bezüglichen Stellen des Parteiberichts übergehen. Merkwürdig ist, daß der Parteibericht über die Beschäftigungstätigkeit der tschechischen Gewerkschaften nichts sagt.

Ueber die Genossenschaftsbewegung wird berichtet, daß der „Zentralverband österreichischer Konsumvereine“ 483 Genossenschaften zählt, wovon 326 mit deutscher Geschäftssprache; davon sind 418 Konsumvereine, der Rest Produktiv-, Gastwirts- und Vaugenossenschaften. 388 Konsumvereine berichteten über eine Mitgliederzahl von 206 620, Jahresumsatz von 69 008 408 Kr., 3 188 000 Kr. Reingewinn. Außer dem „Konsumverein“ und einem tschechischen Blatt erscheint ein Familienblatt „Der Pionier“ in 64 000 Exemplaren.

Der Verband jugendlicher Arbeiter stieg seit 1907 von 68 auf 159 Ortsgruppen und Zellen.

Die Parteikasse hatte vom 1. Juli 1907 bis 1. Juli 1909 Einnahmen: 228 141,88 Kr., Ausgaben: 177 515,57 Kr., verbleibt Saldo 50 626,31 Kr. Da läßt sich freilich nicht viel tun und man muß umso mehr hoffen, wie die deutsch-österreichische Sozialdemokratie sozial leisten kann.

Für deutsche Leser wird es interessant sein, daß 11 gewerkschaftliche Zentralverbände an die Partei 28 000 Kr. abführen.

Die Frauenorganisation hat einen großen Aufschwung genommen. Es bestehen 88 deutsche politische Frauenorganisationen (davon 39 in Böhmen) mit 6412 Mitgliedern, ferner 32 Ortsgruppen und Zellen des Zentralvereins der Heimarbeiterrinnen (wovon 10 in Wien) mit insgesamt 1520 Mitgliedern. In den Gewerkschaften sind gegen 50 000 Arbeiterinnen organisiert.

Dem Parteibericht ist ein vom deutsch-böhmischen Landesvertrauensmann, Abgeordneten Genosse Seliger, Zeply auf Beschluß der Parteivertretung ausgearbeiteter Entwurf eines verbesserten Organisationsstatuts angehängt.

Zum Parteitag.

Die Wahlkreisorganisation von Lübeck beschäftigte sich am Montagabend in einer stark besuchten Versammlung mit den Anträgen zum Leipziger Parteitag. Genosse Reichstagsabgeordneter Schwarz referierte über die parlamentarischen und die zur Parteifeier gestellten Anträge. Er sprach sich gegen den Antrag des Parteivorstandes aus, der weder Fleisch noch Fleisch sei. Die Parteifeier dürfe nur vom idealen, nicht vom Standpunkte des Portemonnaies aus betrachtet werden. Die Hofgänger der sieben Schwaben sei entschieden zu verurteilen. Der zweite Parteitagdelegierte, Genosse Mehrlein, referierte über den übrigen Teil der Anträge. Er wünschte, daß der Leipziger Parteitag als ein Markstein der Tat in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie glänze, hob die Wichtigkeit der Reichsversicherungsordnung hervor und wies die Notwendigkeit nach, daß die Reichsfinanzreform und ihre Folgen besprochen werden müßte. Er verurteilte ebenfalls die Hofgänger. Von den Anträgen zum Organisationsstatut bezeichnete er die von der sächsischen Organisation vorgeschlagenen Staffelleistungen als durchführbar.

Nach einem Referate des Parteisekretärs Genossen Bromme über die Greuelthaten in Spanien wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: Die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Lübeck... spricht ihre Absicht aus über die Bluträuber der Reaktionäre und betrachtet es als eine Schmach, daß die deutsche bürgerliche Presse Lügen und Verleumdungen über die aus Verzweiflung in den Zustand gehetzten spanischen Arbeiter verbreitete und ihnen Taten unterzuschreiben sucht, die entweder von den Skandalen der Herrschenden verübt wurden, oder gar nicht vorgekommen sind. Die Versammlung drückt den heldenmütigen Freiheitskämpfern und den unglücklichen Opfern der Reaktion ihre brüderliche Sympathie aus.

Diese Resolution ist dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel übermittelt worden.

Ein sächsisches Verbrechen des „Vorwärts“

nagelt die Chemnitzer „Volksstimme“ mit viel innerlicher Genugtuung und ebenbürtiger moralischer Entschlossenheit. Wir haben schon, wenn der Wahlkreis im Wahlkreise Schneberg-Stollberg, der am 7. September erfolglos wurde, nicht glänzend genug ausfällt. Erstens haben wir uns um diesen Wahlkampf nicht genügend gekümmert, haben wir die Genossen des Kreises nicht genügend unterrichtet — wie das durch den „Vorwärts“ geschehen soll, ein Chemnitzer Geheimnis — und zweitens haben wir am Sonntag endlich eine Notiz über den Wahlkampf gedruckt, die — die sozialdemokratischen Wähler „flau macht“. Und so sagt und dem unser liebeshäufiges Chemnitzer Parteiblatt im schönsten Auber-tinismus:

„Eine solche Notiz, wie die oben mitgeteilte, ist, wenn man nicht Posseist annehmen will, ein Beweis vollendeter Unfähigkeit, die bei dem Zentralorgan einer Dreimillionenpartei einfach unartig ist.“

Die Notiz, die solch fürchterliche Verheerung am guten Ton unseres Chemnitzer Parteiblatts anrichtet hat, finden unsere Leser in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“. Sie sagt, daß der Kandidat Genosse Schöpflin seit Wochen stark besuchte Versammlungen abhält, daß die Parteioorganisation, die relativ schwach ist, was aus der Armut der erzgebirgischen Arbeiter erklärt wird, Fortschritte gemacht hat, daß der Kreis fast immer sozialdemokratisch vertreten gewesen ist und schon von Wilhelm Liebknecht erobert wurde, daß kaum daran zu zweifeln ist, daß der Kreis sozialdemokratischer Besitz ist, daß man aber auf das Wahlergebnis gespannt sein darf, da die Gegner mit Aufgebot aller Kraft und mit den schmutzigsten und niederträchtigsten Mitteln arbeiten.

Das ist's, was die Chemnitzer „Volksstimme“ loben und uns vollendete Unfähigkeit attestieren läßt. Jitternd vor moralischer Empörung ruft sie aus:

„Glaube aber der „Vorwärts“ trotzdem, seinen geistvollen Tabel gerade an die Genossen des 10. Kreises richten zu sollen, so konnte er wohl noch drei Tage warten.“

Wir erlauben uns zunächst, die sozialdemokratischen Wähler von Stollberg-Schneberg gegen die ganz unbegründete Beleidigung Schutz zu nehmen, die ihnen die Chemnitzer „Volksstimme“ antut. Sie werden sich gewiß nicht um einer „Vorwärts“-Notiz willen, selbst wenn sie so sehr zum Flaumachen geeignet wäre, wie unser Chemnitzer Parteiblatt plant, — lästig machen lassen in der Erfüllung ihrer politischen Pflicht. Wenn aber diese Notiz wirklich dem Erfolg der Sozialdemokratie im Wahlkreise so ungewöhnlich gefährlich wäre, wie es in den Halluzinationen der Chemnitzer „Volksstimme“ erscheint, und ihre Veröffentlichung ein so abschreckendes Zeugnis der Bosheit oder der Unfähigkeit wäre, wie groß

ist dann die Fähigkeit der Chemiker „Vollstimme“, die mit der Veröffentlichung nicht noch einen Tag warten konnte, sondern diese angeblich so gefährliche Notiz des „Vorwärts“ noch am Tage der Wahl selbst brühwarm ihren Lesern vorlesen mußte. Noch dazu mit ihrer „Naumachenden“ Auslegung!

Es beharrt sich das Sprichwort vom blinden Esel. Die drüben der Chemiker „Vollstimme“ ob dieses ihr selbst bereiteten Reinfalls teilnehmend die Hand. Es genügt eben nicht der brennende „gute Wille“, dem bösen „Vorwärts“ etwas anzuhängen. Ein klein wenig Fähigkeit gehört auch dazu.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften.

Ueber die Geschäftsergebnisse der in Deutschland bestehenden Aktiengesellschaften veröffentlicht das Statistische Amt statistische Erhebungen. Demnach gab es am 30. Juni 1908 in Deutschland 6106 tätige Aktiengesellschaften (einschl. der Kommanditgesellschaften auf Aktien) mit einem Aktienkapital von 14.420 Millionen Mark. 4578 waren reine Erwerbsgesellschaften. Diese hatten am Ende ihres Bilanzjahres ein eingezahltes Aktienkapital von 12.788,8 Millionen Mark. Von den 4578 Gesellschaften arbeiteten 3906 mit Jahresgewinn, 598 mit Jahresverlust und 74 ohne Gewinn und Verlust. Der Gewinn betrug 1951,4 Millionen Mark, der Verlust 71,4 Millionen Mark, so daß sich der Jahresmehrertrag auf 1280 Millionen Mark berechnet. Es ergibt sich hieraus für das Aktienkapital eine Rentabilitätsziffer von 10,1 Proz. oder unter Berücksichtigung der Reserven von 8,4 Proz.

Am günstigsten stehen von den Gewerbezweigen hinsichtlich der Höhe der verteilten Dividenden die Versicherungsgesellschaften mit durchschnittlich 19,8 Proz. da; dann folgen die chemische Industrie mit 15,7 Proz. und in weiterem Abstände mehrere Gruppen, darunter Bergbau und Textilindustrie mit 9,3 oder 9,4 Proz. Einzelne Gewerbezweige weisen noch viel höhere Erträge auf; die größten hat die Feuerversicherung mit 23,4 und die Farbmaterialeindustrie mit 25,4 Proz. Im ganzen verteilten 3350 Gesellschaften auf ihre Stammaktien Dividende, 89 nur auf ihre Vorzugsaktien, 176 außer auf ihre Stammaktien auch auf ihre Vorzugsaktien.

Die Dividende auf die Stammaktien betrug bei 1480 Gesellschaften bis 6 Proz., bei 1928 über 6 Proz. Von letzteren konnten 162 eine Dividende von mehr als 20 Proz., 15 davon sogar eine solche von mehr als 50 Proz. verteilen. Auf die Stammaktien entfielen bei 169 Gesellschaften 0-6 Proz., bei 78 mehr als 6 Proz., darunter bei 18 mehr als 25 Proz. Sehr verschieden ist der Anteil der nicht dividendenzahlenden Gesellschaften bei den einzelnen Gewerbezweigen. Während er im ganzen 25,2 Proz. beträgt, steigt er beim Baugewerbe auf 40,5, bei den Kolonialgesellschaften auf 58,3 und beim Kalibergbau sogar auf 74,1 Proz., sinkt dagegen bei der Textilindustrie auf 16,6 und den Banken auf 4,2, darunter den Hypothekendarlehen auf 2,7 Proz.

Günstige Erträge der Zuckerraffinerien.

Die Zuckerraffinerien, soweit sie in der Form von Aktiengesellschaften bestehen, haben im letzten Jahre außerordentlich befriedigende finanzielle Ergebnisse erzielt. Der gewerbliche Niedergang, der in fast allen anderen Gewerben die Rentabilität fast herabdrückte, hat die Entwicklung der Zuckerraffinerien nicht zu beeinflussen vermocht. Bei 65 Zuckerraffinerien, die im Laufe dieses Jahres ihre Geschäftsergebnisse veröffentlicht haben, stellten sich die Dividenden auf das Gesamtaktienkapital in Höhe von 55 Millionen Mark auf 6,7 Proz. für das Geschäftsjahr 1908/09, während dasselbe Kapital im Jahre 1907/08 eine Dividende von durchschnittlich 5,8 Proz. gebracht hatte. Die Dividende ging demnach um fast ein volles Prozent in die Höhe.

Deutsche Eisenproduktion im Monat August.

Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats August 1909 insgesamt 1.100.671 Tonnen gegen 1.091.059 Tonnen im Juli 1909 und 935.445 Tonnen im August 1908.

Aus der Frauenbewegung.

Schlimmer als nichts!

Überall und bei jeder Gelegenheit versteht es das Unternehmertum, viel Arbeit für möglichst wenig Arbeitslohn herzustellen zu lassen. Am traurigsten sind wie bekannt die Löhne in der Heimarbeit. Immerhin sind die Löhne in den Großstädten den Verhältnissen entsprechend höher als in kleinen Orten oder auf dem platten Lande. Diese Tatsachen nützt das Unternehmertum aus. So bestehen in Berlin große Geschäfte der Stickerbranche, die ihre Arbeiterinnen überall fast ausschließlich im Reich haben. In die entferntesten Provinzorte senden diese Geschäfte das Material zu den verschiedenen Arbeiten. Hauptächlich werden Decken und Tischläufer, sowie Schuhblätter und Kreuzstickerhergestellt. Die Arbeiterinnen sind nicht in der niederen Bevölkerungsschicht zu finden, sondern rekrutieren sich hauptsächlich aus Beamtenfrauen und -wägern, überhaupt aus solchen Frauen und Mädchen, die nicht direkt für den Erwerb arbeiten, sondern das Geld, das sie für ihre mühselige Arbeit erhalten, als Taschengeld gebrauchen. Andere, die wirklich diese Arbeit als Erwerbsarbeit betrachten, können sich nicht allein davon ernähren; trotzdem müssen sie Tag und Nacht arbeiten, wollen sie auch nur einen nennenswerten Verdienst erzielen. Die Preise für die Sachen sind unendlich niedrig. Ein Geschäft zahlt für Tischläufer auszusticken 60-70 Pf. pro Stück, je nach Stärke des Materials. Eine eingearbeitete Stickerin braucht zur Herstellung eines Läufers mindestens drei Tage, bei feinem Gewebe und dementsprechend seinem Garn vier Tage; sie muß dann aber äußerst schnell und vom Morgen bis zum Abend ununterbrochen arbeiten. Für eine Serviertischdecke gibt es 75, 90 Pf. bis 1,10 M. Vier Tage sind erforderlich zur Herstellung einer Decke. Eine Buffetdecke beansprucht 4-5 Tage, der Preis beträgt 1,25-1,50 M. Jeht bis zwölf Tage muß eine Arbeiterin an einer Balkontischdecke ununterbrochen sitzen, um dann 3 M. als Lohn in Aussicht zu haben. Das Sticken von Schuhblättern ist, der jetzigen Mode ent-

sprechend, zurückgegangen. Schuhmacherinnen erhielten pro Paar bei Kreuzstich 75 Pf., bei Halbstich 45 Pf. Ersteres erforderte mindestens drei, letzteres zwei Tage ununterbrochener Arbeit einer flinken Arbeiterin.

Die Geschäfte, die so ihre Arbeiterinnen ausbeuten, zahlen auch noch nicht einmal die Portokosten für den Versand selbst, sondern jede Stickerin muß beim Zurücksenden das Porto aus ihrer Tasche bezahlen. Die Pakete werden beim Versenden genau gewogen und müssen beim Zurückkommen dasselbe Gewicht aufweisen. Für etwa fehlendes Gewicht wird der Arbeiterin ein Abzug gemacht. Aus diesem Grunde müssen alle Abfälle des Stickerarnes gesammelt und mit zurückgeschickt werden. Läufer und Decken sind noch sämtlich zu säumen, wozu wieder Zeit und Mühe ganz hergegeben werden muß.

Man wundert sich oft, wenn man in den Warenhäusern hübsche Stickerarbeiten ausgestellt findet, wie billig die Sachen heutzutage sind. Wohl selten denkt jemand daran, wieviel Mühe und Fleiß, wie mancher Fluß daran hängt. An den Arbeitslöhnen gemessen sind die Sachen noch viel zu teuer; die Fabrikanten lassen sich von ihrem Profite nichts sämälern.

Wiel man feststellen, wieviel eine Stickerin pro Stunde verdient, so ist das äußerst schwer, wird aber — wenn es gelingt — die Ausbeutung in kraffen Farben malen. Nach unseren obigen Angaben über Preise und Arbeitszeit dürfte bei etwa zehnstündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 2-3 Pf. herauskommen! Ist es nicht geradezu himmelführend, daß erwachsene Arbeiterinnen für solche Löhne schenken? In den Kreisen solcher niedrigbezahlten Lohnflavinnen hört man oft den Ausspruch: „Es ist doch besser wie nichts!“ Wenn jemals ein Wort dumm war, so ist es dieses. Nicht genug, daß diejenigen, die solche schlechtbezahlten Arbeiten verrichten, sich um ihre freie Zeit bringen, andere, die diese Arbeit als Erwerb betrachten, müssen Tag für Tag bei langer Arbeitszeit in gebückter Stellung die Schwindsucht holen. Die Herren Fabrikanten aber bringen bei derartiger Ausbeutung ihr Schäfchen ins Trockene.

Es gibt auch Arbeiterinnen, die tagsüber eine Beschäftigung haben, die ihnen nicht genug einbringt. Viele von ihnen sind dann abends noch bei der Stickerin zu treffen, um so den großen Verdienst etwas zu erhöhen. Anstatt den einen Arbeitgeber zu zwingen, mehr Lohn zu zahlen, wird die notwendige Ruhezeit noch für einen zweiten hingeggeben für ein Butterbrot. Die Ausbeutungs-sucht hat wirklich herrliche Blüten gezeitigt!

Leider sind alle diese Frauen und Mädchen für den Gedanken der Befreiung der Arbeiterklasse nicht zu haben. Wären sie es, so würden sie unter den geschändeten Verhältnissen nicht mehr arbeiten. In diese Kreise einzudringen, sie mit dem Wesen der modernen Arbeiterbewegung bekanntzumachen, muß mit unsrer Aufgabe sein.

Gerichts-Zeitung.

Vom alten Schulrecht in Schleswig-Holstein.

(Ausländische oder inländische Konfirmation.) Nach dem in Schleswig-Holstein geltenden Recht — Schulordnung von 1814 — endet dort die Schulpflicht mit der Konfirmation, die in der Provinz, abgesehen von einzelnen Teilen, in der Regel mit Vollendung des 18. Lebensjahres stattfindet. Von der Regel kann infolge Dispensation abgegangen werden. Der Hofner Damm hatte solche Dispensation für seinen über 14 Jahre alten Sohn vergeblich beantragt. Die Ablehnung erfolgte, weil nach der Auskunft der Schule der Knabe nicht die erforderliche Reife habe. Damm, der im nördlichen Schleswig wohnt, schickte nun den Sohn in ein dänisches Kirchspiel und ließ ihn dort konfirmieren. Dann hielt er ihn von der Schule fern, trotz wiederholter Mahnung, ihn zu schicken. Er wurde wegen Übertretung der schleswig-holsteinischen Schulordnung angeklagt. Die Staatsanwaltschaft ging davon aus, daß die Schulordnung eine Konfirmation seitens der Landeskirche meine. Das Landgericht in Flensburg sprach aber den Angeklagten frei und führte zur Begründung aus: Konfirmation sei Konfirmation, ganz gleichgültig, ob sie in Dänemark oder in Preußen erfolgte. Die Schulordnung für Schleswig-Holstein verknüpfe das Ende der Schulpflicht lediglich mit der Konfirmation, ohne zu bestimmen, wo sie zu erfolgen habe. Sie sei erfolgt, das genüge. Auch habe der Vater nach § 1081 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Recht und die Pflicht, über den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen. In dieses Recht würde eingegriffen werden, wenn man es dem Vater verübeln wollte, das Kind nach Dänemark zu schicken und dort konfirmieren zu lassen. Der Knabe sei darum nach der Konfirmation nicht mehr schulpflichtig gewesen.

Der Ferienstrassenrat des Kammergerichts gab der von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: § 1081 des Bürgerlichen Gesetzbuches scheidet aus, weil er sich nur auf privatrechtliche Verhältnisse erstreckt und die öffentlich-rechtliche Verpflichtung der Eltern, für den nötigen Schulbesuch zu sorgen, nicht berührt. Die Frage sei hier, ob die Konfirmation in einem dänischen Kirchspiel ausreichte, das Ende der Schulpflicht in Schleswig gemäß den dort noch geltenden Verordnungen (Schulordnung von 1814 usw.) eintreten zu lassen. Danach entscheide die Konfirmation, die in Schleswig (abgesehen von einzelnen Teilen) bei Knaben in der Regel mit Ablauf des 18. Lebensjahres stattfinden solle, wovon aber durch Dispensation Ausnahmen gewährt werden können. Offenbar habe die Konfirmation beziehungsweise das Ende der Schulpflicht von der sittlichen und sonstigen geistigen Reife abhängig gemacht werden sollen. Mit Rücksicht auf diesen Zweck jener Vorschriften könne nicht anerkannt werden, daß die ausländische Konfirmation der inländischen in bezug auf das Ende der Schulpflicht ohne weiteres gleichgültig sei, selbst wenn die Voraussetzungen im wesentlichen dieselben wären. Es habe vielmehr der Geistliche als Orts-schulpflichtigen nach den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften eine Prüfung vorzunehmen, ob die für das Ende der Schulpflicht in Schleswig vorausgesetzte Reife gegeben sei. Das Urteil des Landgerichts müsse deshalb aufgehoben werden.

Dreizehntägige Kautzige durch Neubauten

hat mit raunenswertem Erfolge der Buchdrucker Hermann Ehlers ausgeführt, der gestern unter der Auflage des fortgesetzten Betruges

bezw. Diebstahls vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin III stand. Der bisher unbestraft gewesene Angeklagte hatte es ganz systematisch auf Neubauten abgesehen, in denen der Vertreter dieser Linoleumfirmen Arbeiten ausgeführt wurden. Mit der höchsten Dreistigkeit erschien er in den Neubauten, geriet sich dort als Angestellter der bezügl. Firma und erklärte, daß er beauftragt sei, die nicht mehr zur Verwendung kommenden größeren Rollen Linoleum abzuholen. Sein Auftreten in den Neubauten war so sicher, daß ein Verdacht gegen ihn überhaupt nicht aufkam und er unbehindert das Linoleum auf dem von ihm mitgebrachten Fuhrwerk wegfahren konnte. In einzelnen Fällen haben sogar die Portiers oder die sonstigen Hausoffizianten freundlich mitgeholfen, das Linoleum aufzuladen. Zur Anklage standen gestern 18 Fälle, in welchen der Angeklagte im Westen Berlins, sowie in Charlottenburg, Wilmersdorf und Steglitz in dieser betrügerischen Weise sich in den Besitz des Linoleums gesetzt hatte, welches er in jedem einzelnen Falle zu verkaufen leichte Gelegenheit fand. Er hat einen Erlös von 30-40 M. in jedem einzelnen Falle erzielt. U. a. hat er seine „Kunst“ auch auf dem Neubau der königlichen Bibliothek ausgeübt, ebenso hatte er auf dem Neubau einer Postanstalt Erfolg. Hier kam ihm noch der Zufall zu Hilfe, daß die betr. Linoleumfirma irrtümlich Linoleum von falscher Farbe abgegeben hatte und der maßgebende Postinspektor es aus diesem Grunde ganz natürlich fand, daß das Linoleum wieder abgeholt werden sollte. — Der Angeklagte war in vollem Umfange der Anklage geständig, so daß sich die Vernehmung der vorgeladenen 88 Zeugen erübrigte. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis, das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Vermischtes.

Ermordet aufgefunden. Die aus Plauen/Bogtl. gemeldet wird, wurde dort vorgestern nachmittag zwischen 1/5 und 1/2 Uhr die in den 70er Jahren stehende Witwe Köhler, Theaterstraße 17 in ihrer Wohnung ermordet. Als ihr Sohn um 1/2 Uhr nach Hause kam, fand er alles verschlossen und ließ die Tür von einem Schlosser öffnen. Man fand die Frau tot mit einem blutigen Handtuch im Munde und einem Strick um den Hals. Allem Anschein nach liegt Raubmord vor. Die Frau galt als wohlhabend. Der Täter ist bisher noch nicht ermittelt.

Explosion in einer Zündschnurfabrik.

Harburger Meldung zufolge ist gestern nachmittag 1 Uhr ein Teil der dortigen Zündschnurfabrik von Heino Marx infolge einer Explosion in die Luft geflogen. In der Rauchschicht wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Menschen sind nicht verletzt.

Automobilunglück in Frankreich. Pariser Meldung zufolge stieß gestern ein mit fünf Personen besetztes Automobil, welches in mäßiger Geschwindigkeit den Ort Vélambre (Departement Indre) durchfuhr, mit einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zusammen. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert, zwei Insassen getötet, die drei übrigen leicht verletzt.

Elf Personen ertrunken. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile ist der chilenische Dampfer Niobueno in dem peruanischen Hafen Lomas untergegangen, elf Personen sind ertrunken.

Die Besatzung eines englischen Schiffes ermordet. Wie dem „Reuterischen Bureau“ aus Sydney gemeldet wird, haben Eingeborene im Bismarckarchipel einen englischen Schiffsführer und seine aus zehn Eingeborenen bestehende Schiffsmannschaft ermordet, dann das Schiff geplündert und samt den Leichen der Ermordeten verbrannt.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur genähert, Geschäft stillpend, Preise unverändert. **Ei:** Futur knapp, Geschäft reger, Preise gut. **Geflügel:** Futur sehr knapp, Geschäft reger, Preise hoch. **Fische:** Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft still, Preise unverändert. **Gewürze, Obst und Südfrüchte:** Futur reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 7. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. n. u. d. t. °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. n. u. d. t. °C
Stotensee	755	SW	4 wolllig	13	Dapranba	746	SW	4 Regen	11
Damberg	754	SW	4 bedeckt	13	Vetersburg	762	SW	1 wolllig	11
Berlin	756	SW	2 wolllig	13	Stettin	760	SW	4 wolllig	13
Frankfurt a. M.	767	SW	6 wolllig	14	Aberdeen	751	SW	4 wolllig	9
München	761	SW	4 heiter	13	Oslo	759	SW	3 wolllig	11
Wien	762	SW	1 wolllig	9					

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. September 1909.
Vorherrschend wolkig mit einzelnen Regenschauern, ausfallenden nord-westlichen Winden und neuer Abkühlung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten			
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.			
Wasserstand	am 6. 9.	am 7. 9.	am 8. 9.
Memel, Mühl	130	-6	
Regel, Preßburg	-29	+2	
Reichsel, Thorn	28	0	
Oder, Ratibor	85	-3	
• Krossen	60	-1	
• Frankfurt	77	-2	
• Sprottau	10	-2	
• Landberg	-21	-2	
• Vorkam	-30	0	
• Leimnitz	-50	-2	
• Dresden	-171	0	
• Barch	47	-5	
• Magdeburg	60	-2	
Saale, Großh.	58	-4	
Oabel, Spandau	34	0	
Reichenow	22	0	
Spree, Spremburg	62	-2	
• Beslau	44	0	
• Sejer, Müden	-101	+6	
• Müden	-33	+1	
• Rhein, Rastatt	446	-53	
• Rast	214	-5	
• Rast	200	-3	
• Redar, Zellbrunn	38	+8	
• Rhein, Barchheim	96	-3	
• Rodel, Lier	27	+9	

+) + bedeutet Sturz. — Fall. — *) Unterbeug.



Sunlicht Seife

wird in Sportskreisen als geeignetste Seife bevorzugt, da sie das notwendige häufige Waschen von Flanell- und Wollstoffen etc. ohne Schaden für diese gestattete. Man beachte die speziellen Anweisungen für das Waschen dieser heikeln Kleidungsstücke. Sie bleiben dann stets wie neu in Farbe und Gewebe!



Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin. Morgen Donnerstag: Flugblattverbreitung in den Landtagswahlbezirken.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 8. September, findet Kaiser-Friedrich-Straße 24 bei Schulze ein kombinierter Zahlabend der 8. Gruppe statt.

Erkner. Heute, Mittwoch, den 8. September Wahlvereins-versammlung.

Königs-Wusterhausen. Den Parteigenossen der beiden Bezirke des Ortes zur Kenntnisnahme, daß laut Beschluß des letzten gemeinschaftlichen Zahlabends bis auf weiteres beide Bezirke ihren Zahlabend gemeinschaftlich im Lokal des Herrn Stechardt (Siegessäub.) abhalten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen

war die Wählerliste in der zweiten Hälfte des Juli zur Einsichtnahme ausgelegt worden. Sie wurde diesmal von 75 247 Personen kontrolliert, während vor zwei Jahren nur 56 674 Personen und vor vier Jahren gar nur 21 314 Personen so vorsichtig gewesen waren, sich um die Wählerlisten für die damaligen Stadtverordnetenwahlen zu kümmern. Man sieht, wie in immer weiteren Kreisen der Wählerschaft es als Pflicht erkannt wird, die Wählerliste zu prüfen, um nötigenfalls Berichtigung fordern zu können.

Verhältnismäßig noch stärker hat die Zahl der Einsprüche sich erhöht. Diesmal sind 3630 Berichtigungsanträge eingegangen, während vor zwei Jahren nur 1083 Berichtigungen und vor vier Jahren nur 318 Berichtigungen beantragt worden waren. Wenn auch in der Regel viele dieser Anträge sich hinterher als unbegründet erweisen, so bleiben doch immer noch mehr als genug Fälle berechtigten Einspruches übrig. Immer wieder ist aufs neue die alte Erfahrung bestätigt worden, daß das gedankenlose Vertrauen auf die vermeintliche „Zuverlässigkeit“ der Wählerliste, das sich bei noch viel zu vielen Wählern findet, sein höchst Bedenkliches hat. Es handelt sich da nicht nur um irrtümliche Weglassung aus der Liste, durch die so mancher Wahlberechtigte um das Recht mitzuwählen gebracht wird, weil er es für überflüssig gehalten hat, beizeiten die Liste zu prüfen und nachträgliche Aufnahme zu fordern. Auch solchen Wählern, die in der Liste verzeichnet sind, kann es am Wahltag passieren, daß sie nicht zur Wahl zugelassen werden, weil die Liste erhebliche Ungenauigkeiten der Namensschreibung, der Berufsangabe usw. enthält, deren Berichtigung der ahnungslose Wähler nicht beantragt hat.

Den Stadtverordneten legt der Magistrat jetzt für ihre erste Sitzung nach den Ferien eine Zusammenstellung der diesjährigen Einsprüche vor, indem er sogleich eine Angabe darüber hinzufügt, ob der Einspruch berechtigt scheint oder nicht. Er stützt sich dabei auf die vorläufigen Erklärungen, mit denen inzwischen das Wahlbureau sich zu den Einsprüchen geäußert hat. Die Stadtverordnetenversammlung wird nun noch genauer zu prüfen haben, welche Einsprüche als berechtigt anzuerkennen sind.

Eine Reihe Einsprüche, deren Berichtigung ohne weiteres klar war, sind vom Magistrat durch sofortige Berichtigung erledigt worden. Das sind die 311 Anträge auf Berichtigung des Vornamens, der Berufsangabe usw. Vor zwei Jahren waren nur 122 solche Anträge eingegangen, die Häufigkeit dieser Irrtümer hat sich hiernach bedeutend gesteigert. Man glaubt gar nicht, welche tollen Schreibfehler da manchmal vorkommen. Eine Aufzählung der einzelnen Irrtümer fehlt diesmal in der Vorlage, wohl deshalb, weil der Magistrat nicht mehr bekannt werden lassen will, wie skandalös liederlich die Wählerlisten zusammengestellt werden. Besonders den sozialdemokratischen Wählern kann, wenn sie mit fehlerhaften Angaben in der Liste stehen, das Schicksal einer Zurückweisung von der Wahl blühen, alldieweil sie den zumeist aus Freislandsmännern zusammengesetzten Wahlvorständen in der Regel „nicht persönlich bekannt“ sein werden.

Auch die 92 Wohnungsumtragungen werden wohl ohne weiteres von der Stadtverordnetenversammlung gutgeheißen werden müssen. Wahgebend ist da ein erst vor einigen Jahren glücklich wieder ausgegrabenes Ortsstatut von 1854, nach dem jeder Wähler mit derjenigen Wohnung in die Liste aufzunehmen ist, die er nach dem Osterumzug hatte. Diese Bestimmung ist der Arbeiterbevölkerung ungünstig insofern, als gerade der Arbeiter oft seine Wohnung wechseln muß. Manche Wähler haben schon zur Zeit der Listenaufstellung nicht mehr die Wohnung, mit der sie in die Liste kommen. Das erschwert und die Wahlagitator, zur Genugtuung des Stadtfreisins.

Die größte und wichtigste Gruppe der Berichtigungsanträge sind diejenigen, die eine nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste fordern. Diesmal sind es 2290, vor zwei Jahren waren es nur 876. Wie üblich, erklärt die Magistratsvorlage die allermeisten dieser Einsprüche für unberechtigt. Aber die Erfahrungen der Vorjahre lehren, daß man dem die stärksten Zweifel entgegensehen muß. Von den Streichungsgründen, die da angeführt werden, wollen wir nur die häufigsten erörtern.

Geradezu ungeheuerlich groß ist diesmal die Zahl der Wähler, die als Steuerrestanten aus der Liste gestrichen worden sind. Lediglich dieser Grund wird bei 1364 Personen angegeben (vor zwei Jahren nur bei 288), außerdem spricht es auch noch bei einer erheblichen Zahl anderer Wähler mit, die zugleich auch aus anderen Gründen (z. B. Unterstützung) gestrichen wurden. Diese Ziffern zeigen, wie die Arbeitslosigkeit und der Notstand, die auf dem werktätigen Volk lasten, die Arbeiterklasse auch in ihren politischen Rechten beeinträchtigt haben. Fragen muß man aber, nach welchen Grundsätzen eigentlich entschieden wird, wer als Steuerrestant zu betrachten sei. Sollte nicht doch mancher, der im Quartale April-Juni seine Steuern schuldig geblieben war, sie im Juli noch vor der Listenaufstellung entrichtet haben?

Es folgt dann eine Gruppe von 204 Personen (vor zwei Jahren nur 40), gegen die geltend gemacht wird, daß sie im letzten Jahr aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden seien. Das kostet beläunlich gleichfalls das Wahlrecht, so will es der Klassenhaß. Meist handelt es sich dabei nicht mal um Unter-

stützungen in bar, sondern nur um Gewährung von Krankenhauspflege, die nicht schnell genug bezahlt worden war. Aber auch das bringt dem beschäftigungslos und erwerbslos gewordenen Arbeiter die Wahlentziehung. Noch darf das liberale Bürgerium sich dieses die Arbeiterklasse schädigenden Zustandes freuen, weil für das Gemeinwohlrecht noch keine gesetzlichen Bestimmungen getroffen sind, die den wahlentziehenden Einfluß der „Armenunterstützung“ beschränken. Der Rotstand des letzten Jahres hat die Schaar der durch Armut Entrechteten noch bedeutend vermehrt.

Auch die Bestimmung, daß Schlafburtschen nicht das Gemeinwohlrecht haben, schädigt die Arbeiterklasse und kommt dem liberalen Bürgerium zugute. Die Magistratsvorlage gibt diesmal für 320 Personen (vor zwei Jahren für 240) lediglich das als Streichungsgrund an, daß sie Schlafburtschen seien. Ob das immer stimmt, ist sehr zu bezweifeln. Mancher Arbeiter wird gewiß ohne weiteres als Schlafburtsche gemeldet, obwohl er selbständig über den von ihm gemieteten Raum verfügen darf und daher als Chambregarnist gelten müßte und wahlberechtigt wäre. Wer als vermeintlicher Schlafburtsche aus der Liste gestrichen wird, erfährt das erst dann, wenn er in der Liste vergeblich seinen Namen sucht. Und auch dann erfährt er noch nicht den Grund der Streichung, so daß er nicht mal weiß, was er zur Begründung seines Aufnahmeantrages anführen soll. Dasselbe gilt von allen anderen Streichungsgründen, von den Steuerresten, die noch nicht bezahlt sein sollen, von der Unterstützung, die angenommen worden sein soll, und schließlich auch von dem Mangel der preussischen Staatszugehörigkeit, den die vom Magistrat vorgelegte Zusammenstellung in zahlreichen Fällen als Grund angibt. Es ist schwer, solche Behauptungen rechtzeitig durch Beschaffung der Nachweise zu widerlegen, wenn man nicht schon bei der Listenaufstellung erfahren kann, warum man nicht in die Liste aufgenommen wurde.

Für eine ganze Reihe von Fällen gibt schon das Wahlbureau und der Magistrat zu, daß unzurecht die Aufnahme unterblieben ist. Für zahlreiche weitere Fälle wird, davon sind wir überzeugt, noch die Stadtverordnetenversammlung die nötige Korrektur vorzunehmen haben. Mühte doch vor zwei Jahren durch die Stadtverordnetenversammlung nahezu die Hälfte aller Aufnahmeanträge — 416 von 876 — als berechtigt anerkannt werden. Darunter waren Anträge namentlich von sehr vielen, die irrtümlich als „Schlafburtschen“ gegolten hatten, ferner auch von vermeintlichen „Steuerrestanten“, „Unterstützten“, „Nichtpreußen“ usw.

Die vorstehenden Darlegungen liefern für jeden Wähler den schlüssigen Beweis, wie wichtig die Einsichtnahme in die Wählerliste ist. Das sollten sich auch unsere Genossen einprägen angesichts der in Aussicht stehenden

Landtagswahlwahlen.

Wir haben mitgeteilt und wiederholen es, daß die Wählerlisten für die Landtagswahlen in den vier zur Wahl stehenden Bezirken ausliegen

am Sonntag, den 12. September d. J., von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr,

am Montag, den 13. September d. J., und

am Dienstag, den 14. September d. J., von mittags 12 bis abends 8 Uhr,

also nur drei Tage

in den in unserer Sonnabendausgabe namhaft gemachten Turnhallen der Gemeindegemeinschaften.

Jeder Landtagswähler muß Einsicht in die Wählerliste nehmen und sich seines Landtagswahlrechts verstähern. Auf jede Stimme kommt es bei den Urwahlen zum Landtag an!

Protegierte Sänger.

In hiesigen Blättern lesen wir: „Zum Märktischen Sängertag, einberufen vom Märktischen Sängerbund, hatten sich am Sonntage zahlreiche Delegierte aus allen Orten der Provinz und Vertreter der Behörden in Berlin eingefunden. Vom Kultusministerium war Geheimrat Herluth erschienen. Der Märktische Sängerbund umfaßt gegenwärtig 120 Vereine. Neu aufgenommen wurden sechs Vereine. Als Bundesdirigent wurde der Kantor Rohl, Nowawes, wiedergewählt. Das Gesangsfest im Jahre 1910 soll im Juni in Eberswalde stattfinden. Der Märktische Sängerbund wird weiterhin die Pflege des Rüdigergrabes, das sich auf dem Alten Jerusalemer Kirchhofe in der Bergmannstraße in Berlin befindet, übernehmen. Den Vereinen wurde empfohlen, der Anregung des Kaisers entsprechend vor allem das volkstümliche Lied zu pflegen. In dem Jahresbericht wurde unter anderem mitgeteilt, daß der neue Reichsanzler Dr. Bethmann Hollweg ein Gönner und treuer Förderer des Märktischen Sängerbundes ist.“

Wenn der Arbeiter-Sängerbund seinen Sängertag abhält, erscheint kein Vertreter des Kultusministeriums; auch kein Reichsanzler wird ihm Gönner oder Förderer sein. Das brauchen die Arbeiter-Sänger auch nicht, sie verzichten auf Protektion; ihnen genügt, wenn die Arbeiterschaft ihren Liebern, die wirklich volkstümliche Lieder — nämlich Freiheitlieder — sind, Verständnis entgegenbringt und sich zu freibewilligem Handeln begeistert. Die beste Protektorin der Arbeiterlieder ist die Arbeiterschaft selbst.

Die Deputation für die Sanifikation und Güter Berlins beschloß in ihrer Sitzung am Montag, den 6. September, das Gesuch des Vereins der Blankenburger Grundbesitzer, eine Brücke über die Panke zu bauen, abzulehnen. Die Verlegung der Fußgängerwege soll wie vorher den Anliegern gestattet bleiben. Die Jagd- und Fischerei am Görinsee ist für 5000 M. verpachtet, die Ausschreibung dafür zurückgezogen worden. Das Gesuch, die Errichtung einer Volksbibliothek in Gütergoh zu unterstützen, wird genehmigt. Der Kirchengemeinde Blankenfelde eine Unterstützung, über den Patronatsbeitrag, zur Reparatur der Kirche zu gewähren, wird abgelehnt. Die Erwerbung einer Waldparzelle im Gebiet der nördlichen Kiefernfelder, findet unter gewissen Voraussetzungen die Zustimmung der Deputation. Ein Kaufangebot im Bezirk der Administration Osdorf bei Teltow wurde glatt abgelehnt, da der geforderte Preis jede weitere Verhandlung als aussichtslos erscheinen läßt.

Weber die verkorbene alte Genossin Stagemann, der wir bereits gestern in Kürze gedacht hatten, schreibt uns noch eine bekannte Genossin: Nun ist auch die letzte jener Genossinnen von

uns gegangen, die bereits am Ausgang der 60er Jahre innerhalb der Arbeiterbewegung für den Anstich und die Aufklärung der Frauen eintrat.

Aus ihrer ländlichen Heimat im Oberbruch kam sie in frühen Jahren nach Berlin, wo sie bald an der Seite ihres Mannes in die Scharen Kassalles eintrat. Sie gründete, nachdem sie zum erstenmal in einer Volksversammlung mit den Männern diskutiert hatte, vereint mit den Frauen Kantius und Schackow, den ersten Arbeiterinnenverein. Die Polizei machte diesem bald den Garauß, weil „sich seine Mitglieder mit Politik“ beschäftigt haben sollten. Hausdurchsuchungen beim Vorstand und Gefängnisstrafen waren die Folgen. Genossin Stagemann hat nach Verbüßung derselben mit um so größerem Eifer unter den Proletariern agitiert und mitgearbeitet, so manchem Ausgewiesenen hat sie Unterkommen und Schutz gewährt, viele der Gehehnten durften sich an ihrem Tische füttern. Als dann anfangs der 80er Jahre eine neue Bewegung unter den Proletarierinnen sich Bahn brach, war sie es wiederum, die überall anfeuernd und ermutigend wirkte. Ihre Ansprachen und Aufrufe zur Organisation, schlicht und einfach, fanden immer Verständnis und Widerhall in den Herzen und Köpfen der Frauen und der Männer des Proletariats. Sie gehörte dem Vorstand des zweiten Arbeiterinnenvereins wiederum bis zu seiner Schließung an und wurde gleich den anderen Vorstandsmitgliedern mit 100 M. Geldbuße bestraft. Derselbe nichtige Vorstand, die angelegliche Beschäftigung mit Politik, hatte der Polizei für die Schließung als Vorwand gedient. Mutter Stagemann blieb mit ganzer Seele bei dem kämpfenden Proletariat und als die Todeskrankheit sie schon erfaßt hatte, war ihr Interesse, ihre Sorge immer noch darauf gerichtet, daß der Kampf für Freiheit und Recht auch fortschritte, daß auch die Frauen, die Arbeiterinnen, stets lebhaften Anteil nehmen möchten. Das ist ihr Vermächtnis an das Proletariat, nie werden wir unsere treue Vor kämpferin vergessen.

Einen Triumph Drville Wrights

stellte der Flug dar, den der lähmte Aeronaut am Dienstaachmittag unternahm. Die 50—60 000 Zuschauer, die sich wiederum eingefunden hatten und bereits um 4 Uhr das mächtige Flugterrain in schwarzem Ring umschlossen hielten, mußten zwar lange warten, wurden dann aber auch über Erwarten reich für ihr Daren belohnt. Infolge des starken böigen Südwests flog der Aviator erst 3 Minuten nach 7/8 Uhr auf. Und in der ersten Viertelstunde seines Fluges hatte er, wie das Auf- und Niedertreiben seines Aeroplans bewies, auch noch tüchtig mit dem Winde zu kämpfen, wenn auch die Flugmaschine unbefürchtet ihre Kreise zog. Dann aber gewann der Flug zusehends an Stetigkeit und Eleganz. Mit geradezu wunderbarer Grazie zog jetzt Drville Wright in bald größeren, bald kleineren Rundflügen, bald von West nach Ost, bald von Ost nach West übers Feld. Die Maschine gebordete ihm wie ein Automobil einem getwandten Chauffeur. Jetzt flog er auch unmittelbar an den langen Ketten der enthusiastischsten Zuschauer vorbei, bald auf der Nixdorfer Seite, bald unmittelbar an der Tempelhofer Chauffee, bald auf der Süd-, bald auf der Nordgrenze des Flugterrains. Jedesmal, wenn er an der Tempelhofer Chauffee vorbeiratterte, machten etliche Hunderte einen heftigen Angriff auf den seltsamen Riesenvogel. Einmal veranstaltete er an der Ringbahn einen Wettflug mit einem von Tempelhof nach Nixdorf fahrenden Zuge, den er aber im Handumdrehen weit überholte. Und als sich die Schatten des Abends auf die Landeshöhe legten, stieg der weiße Riesenvogel immer höher in die Höhe, um sich in der Höhe von 50 Metern wie spielend in der Runde zu tummeln. Unvergleichlich sah es aus, wenn das Fahrzeug — wir beobachteten die Flüge von der oberen Etage eines Hauses der Schwiebuser Straße aus mit einem 12fachen Goerzglas — hoch über den Baumwipfeln der Hohenheide wie ein Schwan majestätisch dahinzog, sich mit seinen weißen Segelflächen scharf gegen das Wolkengran des abendlichen Himmels abzeichnend. Deutlich sahen wir den Lenker dieses Wunderfahrzeuges in sicherer Ruhe neben seinem Motor sitzen und mit gelassenen Armbewegungen durch die kühlbare Luft steuern.

Wer diesem Fluge beizuohnte, für den wurde es zur frohen Ueberzeugung, daß die Erobderung der Luft! keine Illusion mehr, sondern eine glorreiche Tatsache ist.

Nach einem Flug von 52 Minuten landete Drville Wright sanft in der Mitte des Feldes. Er muß mindestens 60 Kilometer zurückgelegt haben.

Die Erpresseraffäre des Journalisten Dahfel

Ist dem Herausgeber der „Wahrheit“, dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, immer noch sehr unangenehm. Der Prozeß gegen Dahfel rückt immer näher, und die Gewißheit, daß festgestellt wird, daß Dahfel zu seinen Erpresserpraktiken als Mitarbeiter die Braunsche „Wahrheit“ benutzt hat, bereitet Herrn Bruhn schließliches Unbehagen. Auf eine vor Wochen über die Dahfelschen Beziehungen zur „Staatsbürgerzeitung“ und dann zur Braunschen „Wahrheit“ gemachte, in zahlreichen Blättern abgedruckte Korrespondenz ist Bruhn besonders schlecht zu sprechen, und er kündigt großmäulig an, den Verfasser der Zeitungskorrespondenz, als welchen er einen Herrn Schweder bezeichnet, zu verklagen. Hierzu wird uns geschrieben:

Der Herausgeber der „Wahrheit“, Reichstagsabgeordneter Bruhn, entrümpelt sich über einen von dem Verichterstatler Schweder über die Erpresserangelegenheit Dahfel veröffentlichten Bericht, da in diesem Verleumdungen enthalten seien. Bruhn will Schweder und alle Zeitungen, die den Schwederschen Bericht aufgenommen haben, wegen Verleumdung verklagen. Ich kann im Augenblick nicht beurteilen, ob und inwiefern Bruhn recht hat, jedenfalls ist dieser Konflikt zwischen den zwei ehemaligen antisemitischen Freunden sehr interessant. Der feinführende Herr Bruhn, der Herrn Schweder, damals Kamulus des Herrn Dahfel, sehr begünstigte, hatte nichts einzumenden, als in den 1800er Jahren — wenn ich mich nicht täusche, unter dem Vorstich Bruhns — zwei Verichterstatler, die Herren Wohlberg und Krause-Görner, auf ausbrückliche Veranlassung Schweders, aus einer Antisemitenvorstellung hinausgeprügelt wurden. Der damalige Kandidat der Theologie Wohlberg, der, soweit mir erinnerlich, für den „Lokal-Anzeiger“ schrieb, wurde nicht nur in surdibarter Weise verprügelt, es wurden ihm auch die Sachen vom Leibe gerissen. Schweder befürchtete nämlich, die genannten Journalisten könnten ihm Konkurrenz machen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß Herr Bruhn die Rüpelrei, durch die sich am Ende des vorigen Jahrhunderts die Antisemiten in jeder Beziehung auszeichneten und die er in erster Reihe hat großzügig helfen, nun von einem seiner Jünger am eigenen Leibe zu spüren bekommt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung.

Die Versammlung nimmt zunächst davon Kenntnis, daß der Vorstand des deutschen Städtetages die von Schöneberg beantragte Einberufung eines außerordentlichen Städtetages abgelehnt habe. Ebenfalls zur Kenntnisnahme unterbreitete der Magistrat der Stadtvorordnetenversammlung die Antwort des Vorstandes des Brandenburgischen Städtetages, die der Oberbürgermeister Koelke-Spandau auf die Anregung der Schöneberger Stadtvorordnetenversammlung, die Frage der Verbesserung des kommunalen Wahlrechts, auf die Tagesordnung des diesjährigen Brandenburgischen Städtetages zu setzen, erteilt hat.

In der Antwort heißt es, daß dem gestellten Antrage nicht entsprochen werden konnte, weil die vorher festgesetzte Tagesordnung schon so umfangreich ist, daß weitere Gegenstände nicht behandelt werden können.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu dieser Angelegenheit folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtvorordnetenversammlung beauftragt ihre Delegierten zum 22. Brandenburgischen Städtetag zu Punkt 11 der Tagesordnung des Städtetages den Antrag zu stellen:

„Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Brandenburgischen Städtetages ist als ein besonderer Punkt die Frage der Verbesserung des kommunalen Wahlrechts zu setzen.“

Der Magistrat wird ersucht, sich diesem Antrage anzuschließen.

Stadtv. Jöbel (lib. Frakt.) meinte, daß es zu erwarten war, daß den Herren die Beratung einer derartigen Frage in Rixdorf unangenehm ist. Die Wahlrechtsfrage sei eine der dringendsten Fragen der Kommunen. Deshalb hätte die Tagesordnung abgeändert werden müssen, um den Antrag Schönebergs zur Beratung zu stellen. Seine Fraktion habe die Absicht gehabt, einen ähnlichen Antrag in der nächsten Sitzung zu stellen, wie ihn die sozialdemokratische Fraktion gestellt hat. Redner hält es für richtiger, wenn der Antrag nicht an den Städtetag selbst, sondern wieder an den Vorstand gestellt wird. Der Städtetag würde den Antrag ja doch ablehnen.

Stadtv. Wollermann (Soz.) äußerte sich dahin, daß es nicht nötig sei, heute auf die Wahlrechtsfrage näher einzugehen. Die Schöneberger Stadtvorordnetenversammlung habe ihre Stellung in dieser Beziehung bereits bei früheren Gelegenheiten festgelegt. Wenn der Stadtv. Jöbel meine, daß man sich mit dem Antrag wieder an den Vorstand und nicht an den Städtetag direkt wenden solle und sich davon mehr Erfolg verspreche, so kenne er eben die ganzen Verhältnisse nicht. Davon könne man schon heute überzeugt sein, daß der Vorstand des Brandenburgischen Städtetages den Antrag wieder genau so ablehnen werde, wie er vom Städtetag selbst auch abgelehnt wird. Man braucht sich nur vor Augen zu führen, welche Stellung in anderen Stadtparlamenten bürgerliche Vertreter zu dieser Angelegenheit eingenommen haben. Die bürgerlichen Parteien wollten eben von einer Verbesserung des kommunalen Wahlrechts nichts wissen. Durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde wenigstens erreicht, daß in Rixdorf über die Wahlrechtsfrage gesprochen werden könne, dort, wo die bürgerlichen Parteien sogar noch eine Verschlechterung des ohnehin schon elenden Wahlrechts vorgenommen haben. Die ablehnende Begründung des Oberbürgermeisters Koelke sei ja einzig. Wenn man sich das Programm des Städtetages ansehe, so finde man, daß an den beiden Tagen nur je drei Stunden verhandelt wird, während die übrige Zeit dem Essen, Trinken und sonstigen Amüsement gewidmet werden soll. Man sollte dagegen energisch protestieren, daß sich solche Veranstaltungen überhaupt noch den Namen eines „Städtetages“ beilegen. Redner empfahl die Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Stadtv. Küter (Soz.) empfahl, zu dem diesjährigen Städtetag 4 Stadtvorordnete zu entsenden, so daß jede Fraktion dort vertreten sei.

Stadtv. Heyne (Unabh. Vereinig.) war mit der Entsendung von 4 Stadtvorordneten einverstanden. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion sei in so vorläufiger Form gefaßt, daß eigentlich niemand dagegen stimmen könne. Stadtvorordnenenführer Rheinbacher trat dafür ein, daß die Referate über die Wertzuwachssteuer von der Tagesordnung des Städtetages abgesetzt werden. Nachdem eine derartige Steuer vom Reich vorgelesen ist, sei es ganz nutzlos, darüber noch zu reden. Die Städte hätten sich früher damit beschäftigen müssen.

Stadtv. Gottschalk (lib. Frakt.) trat den Ausführungen des Stadtvorordnenenführers entgegen. Man müsse alles daran setzen, um zu verhindern, daß ein Reichwertzuwachssteuergesetz zustande kommt.

Stadtv. Wollenbuhr (Soz.) wandte sich ebenfalls gegen den Stadtvorordnenenführer. Die Reichwertzuwachssteuer sei ein Zukunftsgefahr, das erst 1912 in Kraft treten soll. Es sehe noch gar nicht fest, wie die Befragung des Gesetzes aussehen werde. Wenn das Gesetz erst vorliegt, würde eine Opposition dagegen in allen Kreisen eintreten. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf angenommen.

Stadtv. Jöbel (lib. Frakt.), Heyner (Unabh. Vereinig.), Altkirchum (lib. Vereinig.) und Hoffmann (Soz.)

Eine Vorlage des Magistrats fordert die Stadtvorordnetenversammlung auf, genaue Bestimmungen darüber festzusetzen, in welcher Weise ein vor mehreren Jahren geschaffener Fonds zur Unterstützung bedürftiger Schüler beim Besuch der höheren Schulen verwandt werden soll. Nach dem damaligen Beschluß der Stadtvorordnetenversammlung sind alljährlich 3000 M. in den Etat einzusetzen, um hervorragend begabten Schülern der Volksschule Freischule an einer höheren Lehranstalt zu gewähren.

Oberbürgermeister Wilde erklärte, daß für die höheren Schulen ja bereits ein derartiger Fonds besteht, indem alljährlich 10 Proz. Freistellen zu besetzen sind. Nach der Meinung des Magistrats sei der Fonds von 3000 M. von diesen Freistellen unabhängig; es müßten also besondere Bestimmungen darüber getroffen werden. Es müsse als Pflicht der Gemeinden anerkannt werden, armen begabten Kindern den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen. 3000 M. jährlich bedeutet für diesen Zweck aber gar nichts. Es wäre daher am besten, einer gemischten Deputation die Angelegenheit zu überweisen.

Stadtv. Wollenbuhr (Soz.) bemängelte, daß die Summe eine Reihe von Jahren im Etat stehe, aber wenig davon auszugeben sei. Wer die Schöneberger Verhältnisse kennt, der wisse, daß es eine ganze Anzahl von bedürftigen Volksschülern gibt, denen eine Freistelle gewährt werden könne. Mit der Freistelle allein sei auch nicht viel gedient. In den meisten Fällen sollen die Kinder mit dem 14. Jahre bereits Geld verdienen helfen und es müssen dieselben dann von der Schule weggenommen werden, ehe der Besuch der höheren Schule vollendet ist. Es müsse dafür gesorgt werden, daß den Eltern ein mäßiges Kostgeld bezahlt und die nötigen Bücher angeschafft werden; dann erst würde man mit den Freistellen das erreichen, was man sich als Ziel gestellt hat.

Die Vorlage wurde darauf einer gemischten Deputation überwiesen.

Dem Beschluß der Stadtvorordnetenversammlung, dem Gewerbegerichtsbestimmten Zivilprozessordnungen zu liefern, ist der Magistrat beigetreten.

Eine Reihe von Nachbewilligungen für einzelne Etatspositionen wurden ohne nennenswerte Debatten genehmigt.

Am Sonntag, den 12. September, ist vom Jugendausflug ein Ausflug nach dem „Alten Freund“ geplant. Abfahrt 10 1/2 Uhr Bahnhof Ebersstraße, Treffpunkt 11 Uhr Bahnhof Grunewald. Alle Jugendlichen Schönebergs sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Jugendbildungsausschuß.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist gestern nachmittag der 6 Jahre alte Sohn Max des Arbeiterpaares Markgraf aus der Triftstraße 60. In Abwesenheit seiner Eltern fiel der Knabe aus einem Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und war sofort tot. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt.

Der Abonnements-Verein von Dienstherrschaften für kranke Diensthilfen zu Berlin auf Gegenseitigkeit scheidet durch seinen Vorsitzenden, Herrn Stadtvorordneten und Landtagsabgeordneten Leopold Rosenow, folgenden Wafschettel den Zeitungen zum Abdruck:

Die Hauptleistungen des Vereins bestanden bisher in der Gewährung von Krankenhausverpflegung und Behandlung der erkrankten Diensthilfen in der Sprechstunde der Ärzte. Die Krankenhauskosten sind neuerdings in allen Krankenanstalten von 2,50 M. pro Tag auf 3 M. und mehr erhöht. Die ärztliche Behandlung in der Sprechstunde hat sich von 1 M. auf 1,25 M. für die Befragung verteuert. Dies erfordert eine Mehrausgabe von etwa 80 000 M. für Krankenhausverpflegung und etwa 50 000 M. für ärztliche Behandlung in der Sprechstunde.

Eine weitere Erhöhung der Ausgaben erfordert ein vorliegender Antrag auf Gewährung freier Arznei und des notwendigen ersten Besuchs bei erkrankten Diensthilfen im Hause der Dienstherrschaft.

Eine völlig sichere Schätzung dieser Kosten ist schwer zu treffen, es werden aber mindestens 100 000 M. jährlich dafür erforderlich sein, so daß die Mehrausgaben insgesamt 230 000 Mark betragen werden. Wie wir hören, will aber die Verwaltung den Versuch machen, die gesamten entstehenden Mehrkosten zu tragen, wenn der Beitrag von 7,50 M. auf 10 M. erhöht wird.

Hierüber, sowie über die durch die dauernde Steigerung der Jahresausgaben notwendig gewordene Erhöhung des Reservefonds, soll in der einberufenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 22. September 1908, Beschluß gefaßt werden.

Inbesondere wird von den Mitgliedern die Gewährung freier Arzneien lebhaft verlangt.

Der Zweck dieses Anschreibens ist ganz klar. Mit den großen Zahlen will man prunken und den Anschein erwecken, wunderlich große Leistungen der Abonnementsverein gewähre. Ob dabei die Berechnung der Kosten richtig ist, die durch Lieferung freier Arznei erwachsen, soll einstweilen unerörtert bleiben. Gewiß ist werden soll aber die Tatsache, daß der Verein an Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder hohe Summen an „Entschädigungen“ zahlt, die in gar keinem Verhältnis stehen zu der „Tätigkeit“, die in Wirklichkeit geleistet wird.

Ein Kindesmord?

Auf dem Flur des Hauses Steglitzer Straße 33 fand gestern morgen um 8 Uhr ein Briefträger ein Paket, das die verpackte Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Die kleine Leiche, die in braunes Packpapier eingewickelt war, wurde dem Schauhaus überwiesen. Nach Aussage von Hausbewohnern hat das Paket schon vorgestern abend auf dem Flur gelegen, und zwar dicht hinter der Haustür. Wie es dorthin gekommen ist, ließ sich nicht feststellen. Auf der Treppe des Vorderhauses fanden sich in allen drei Stockwerken Blutspuren. Ob diese mit dem Leichenstunde zusammenhängen, bedarf noch der Aufklärung. Sie wurden zu genauer Untersuchung aus dem Treppenholz herausgefäht. Ob die Leiche aus dem Hause stammt oder von der Straße herin gebracht worden ist, läßt sich noch nicht sagen.

Von einem Straßenbahnwagen angefahren wurde vorgestern abend um 9 Uhr eine etwa 50 Jahre alte Frau in der Petersburger Straße. Die Unbekannte wurde brennungslos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Sie hat eine starke Gehst und graugrünes Haar und trug einen braunen Rock, eine grauschwarze Bluse, eine blau-weiß punktierte Schürze, ein Umschlagetuch und eine Markttasche.

Ein Brand beschaffte gestern die Feuerwehr in der Rosenhaller Str. 27. Dort stand der Dachstuhl des von der Firma L. Wertheim zu Lagerzwecken gemieteten Seitenflügels in Flammen. Um an den Brandherd zu gelangen, wurden in der Sophienstraße zwei große mechanische Leitern aufgestellt und über diese drei Schlauchleitungen vorgenommen. Außerdem wurde ein Wasserfahnen mit einem Rauchschutzhelm ausgerüstet, um wirksam Wasser geben zu können. Nach einhalbstündiger Tätigkeit war die Gefahr für das Warenhaus beseitigt. Das Feuer soll angeblich im Paderaum ausgekommen sein.

Absturz von der Bahnhofstreppe. Eine aufregende Szene hat sich vorgestern abend auf dem Potsdamer Südbahnhof abgespielt. Ein unbekannter, anscheinend dem Arbeiterstand angehörender, etwa 40 Jahre alter Mann, wollte sich auf den Bahnsteig des Bahnhofes begeben, doch war ihm von einem Beamten der Zutritt verweigert worden, angeblich, weil er angetrunken war. Nach mehreren Male machte der Fremde den Versuch, auf den Bahnsteig zu gelangen. Es hatte sich schließlich eine größere Menschenmenge angesammelt, die sich zum Teil auf die Seite des Unbekannten stellte. Als der letztere dann noch einmal die hohe steinerne Treppe hinaufstieg und durch die Weichensperre wollte, stürzte er rüchlings ab und fiel die ganze Treppe hinunter. In brennungslosem Zustand wurde der Verunglückte nach der Rettungswache in der Köthener Straße gebracht, wo bei ihm schwere Verletzungen festgestellt wurden. In sehr bedenklichem Zustand fand der Unbekannte im Krankenhaus Noadit Aufnahme.

Mit dem Rade gestürzt und unter die Straßenbahn geschleudert. Doppelt verunglückt ist gestern der 32 Jahre alte Tischler Fritz Belesche aus der Weißer Str. 62. Er pflegte stets auf seinem Zweirade nach seiner Arbeitsstelle zu fahren. Gestern kam er auf der Rückfahrt plötzlich zu Fall. Er stürzte mit dem Rade und wurde unglücklichweise unter einen gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagen geschleudert. Er wurde zwischen Schutzblech und Weiche geklemmt und konnte, nachdem der Wagen erst mittels Winden hochgehoben worden, aus seiner quatschigen Lage befreit werden. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Birchow-Krankenhaus eingeliefert. Der Zustand des Verunglückten ist hoffnungslos.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr: Beginn des Kurzus in der 3. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Grunewaldstr. 110; 4. Abteilung in Lichterberg bei Seemann, Samariterstr. 11 und 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Ebersstraße 8. Vortragsthema: Ueber Anatomie. Der Besuch des ersten Abends steht jedem als Gast frei.

Das Polizeischiffahrtsbureau wird am 1. Oktober d. J. von Probststr. 8 nach Wolkenmarkt 1 part. r. verlegt. Durch die entstehenden Umzugsarbeiten werden an diesem Tage bei der Befertigung der Schiffe einige Verzögerungen eintreten.

Feuerwehrrichter. In der letzten Nacht kam in der Rantewallstr. 47 Feuer aus. Möbel in einer Wohnstube waren in Brand geraten. Nicht weit davon, Wobertstr. 41, mußte gleichzeitig ein Kellerbrand gelöscht werden, der durch eine Lampe ausgekommen war, die eine Holzverschalung in Brand gesetzt hatte. Der 18. Zug wurde nach der Hennigsdorfer Straße 6 alarmiert. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die nachts um 3 Uhr aus der Wobertstr. 129 einlief. Der Täter ist unerkannt entkommen. Ein Balkenlagerbrand beschäftigte den 7. Zug in der Wallfadenstr. 20. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat benutzt bei einem Kranken in der Jerusalemstr. 44-45. Wegen einer Leuchtgasvergiftung wurde der 16. Zug nach der Plantagenstr. 7 verlangt. Dort hatte ein Mann in selbstmörderischer Absicht sich vergiftet. Es gelang den Bemühungen eines herbeigerufenen Arztes den Lebensmüden zu retten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Gothenstraße. Der 14jährige Schüler Willi Reier hatte sich an das Hintergestell einer den Strahenzug passierenden Droschke angehängt. Als er von dem Gefährt herunterprang, glitt der Knabe aus und geriet unter einen vorbeifahrenden Lastwagen, dessen Räder ihm über Brust und Beine hinweggingen. Er wurde mit zermalnten Unterschenkeln und einer schweren Brustquetschung nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 14jährigen Schülers Bruno Behrens, der in der Nacht zum Dienstag in der elterlichen Wohnung, Hohenfriedbergstr. 7 in Schöneberg, verstarb. Die Stiefmutter des Knaben behauptet, daß Bruno B. noch um 2 Uhr munter gewesen sei, während sie ihn eine Stunde später, als sie wieder erwachte, als Leiche im Bette vorfand. Der Junge habe wohl seit zwei Tagen etwas gekränkelt, doch habe sie dem keine Bedeutung beigelegt und infolgedessen ärztliche Hilfe nicht in Anspruch genommen. Da der auf Veranlassung der Polizei herbeigerufene Arzt die Todesursache des Schülers nicht feststellen vermochte, wurde die Leiche beschlagnahmt und nach der städtischen Halle in der Markstraße übergeführt, wo heute die Obduktion vorgenommen werden soll.

Steglich.

Die Tat eines Lebensmüden rief vorgestern abend in der Paulsenstraße in Steglitz großes Aufsehen hervor. Ein unbekannter, annähernd 35 Jahre alter Mann, zog, mitten auf dem Raubdamm stehend, vor den Augen der Passanten eine Flasche mit Mauseure aus der Tasche und trank das Gift. Sterbend wurde der Lebensmüde in einer Droschke nach dem Krankenhaus gebracht.

Ober-Schönebrücke.

Die Bestätigung des einstimmig von der Gemeindevertretung gewählten neuen Gemeindevorstandes Verhöltd durch die Aufsichtsbehörde ist nunmehr erfolgt. Die Einführung in sein Amt wird in der nächsten Vertreterversammlung stattfinden. Durch die Wahl des Herrn Verhöltd ist die von ihm bisher innegehabte besoldete Schöffenselle zurzeit unbesetzt. Ueber eine Neubesetzung ist bisher noch kein Beschluß gefaßt worden.

Eines schweren Verbrechens wird der 27 Jahre alte Arbeiter Noike aus der Deulstraße beschuldigt. Gegen R. ist eine dahingehende Anzeige erstattet worden, daß er sich schon seit längerer Zeit gegen die 8 resp. 10 Jahre alten Schwestern seiner Frau begangen habe, infolgedessen die beiden Mädchen erkrankten.

Tempelhof.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung stand im Zeichen Verkehrs. Die unzulänglichen Verkehrseinrichtungen haben sich durch das stetige Anwachsen der Bevölkerung zu einer Katastrophe entwickelt. Bei einer so wichtigen Angelegenheit hätte man daher auch erwarten sollen, daß alle Gemeindevereiter am Platze waren. Indessen nur 9 Mann waren zur Stelle, die anderen waren auf der Reibhühnerjagd! Hier zeigt sich wieder einmal die von uns schon so oft geforderte Notwendigkeit einer Vermehrung der Gemeindevereiterzahl.

Die Große Berliner hat beim Berliner Polizeipräsidenten den Antrag gestellt, die beiden Linien 96 und 97 so zu verlängern, daß sie durch die Französisch Straße nach dem Alexander Platz geführt werden, von wo aus die eine Linie mit der Linie 70 bis Friedrichsfelde, die andere mit der Linie 73 bis zur Prenzlauer Allee geht. Hiergegen wurde nichts eingewendet, eine Verbesserung aber nur dann erblidt, wenn unter Errichtung eines 5 Minutenverkehrs eine Linie Tempelhof-Wehrenstraße bestehen bleibt und diese Linie von Tempelhof abgelaufen wird. Begründet wurde dies durch den Uebelstand, daß die Tempelhofer von Berlin aus schwerer mitkommen werden, weil die Wagen in der Französischen Straße schon besetzt ankommen. Der Wunsch der Einwohner aber sei es, eine der neuen Linien durch die Lindencastel-Rositzplatz geführt zu sehen. Wie schwer die Verkehrsverbinderung auf Tempelhof lastet, geht aus dem Vorschlage eines Gemeindevereiters hervor, der empfahl, durch Vermittlung der Gemeindeverwaltung ein billiges Grundstück der reichen „Großen Berliner“ anzubieten, damit, wenn diese Gesellschaft ihren Bahnhof in der Kreuzbergstraße eingehen läßt, sie auf Tempelhof gelenkt werden solle, wodurch evtl. einige Linien mehr nach Tempelhof kommen könnten. Beschlossen wurde, der Linienverlängerung 96 und 97 nur dann die Zustimmung zu erteilen, wenn ein 5 Minutenverkehr auf der Strecke stattfindet und außerdem noch alle 15 Minuten ein direkter Wagen bis Wehrenstraße fährt. Noch in derselben Sitzung mußte sich der Amts- und Gemeindevorsteher Ruffsch über die Befragung Tempelhofer durch das Berliner Polizeipräsidentium bitter beschwerten. Seinerzeit habe diese Behörde durch Versprechungen Tempelhof zu einem Vertrag mit der „Südlichen Vorortbahn“ auf 30 Jahre veranlaßt und jetzt, nach 10 Jahren, wo die „Südliche Vorortbahn“ ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen will, verweigert dieselbe Behörde trotz ihrer Versprechungen die Ausführung! So muß auch die Verlängerung der Linie IV nach der Linsstraße unterbleiben, da diese Straße schon überlastet ist. (Die Linie IV, von Groß-Lichterfelde kommend, endet beim „Tempelhofer Tivoli“, das für die Arbeiterkassette streng gesperrt ist.) Obwohl die Gemeindevereiterung aus früheren Eingaben weiß, daß eine Beschränkung beim Minister wenig Erfolg hat, will sie doch beim Minister vorstellig werden, selbst gegen den Wunsch des Gemeindevereiters Tiedcke, der fürchtete, daß die Tempelhofer Gemeindevereiter oben als „Räuber“ beschrien würden. — Mitgeteilt wurde noch, daß auch auf dem „Südring“ insofern eine Verschlechterung beabsichtigt sei, indem statt dem bisherigen Abstand von 24 ein solcher von 30 Minuten geplant sei. Als Ersatz für die 6 Minuten will die Direktion zu gewissen Zeiten Wagen von der Eisenacher Straße in Schöneberg nach der Gottlieb-Dunkelstraße in Tempelhof einlegen. Auch gegen diese beabsichtigte Verschlechterung wurde Einspruch erhoben. Aber all diese Einsprüche und Beschwerden werden wohl ohne Erfolg sein. Besser läte man, bei Verkehrsverbindungen an eine eigene Regie zu denken. — Für die zwei in Tempelhof stationierten Kriminalbeamten forderte das Berliner Polizeipräsidentium zwei Drittel der Gesamtkosten. Der Betrag von 1918 M. mußte nach dem neuen Polizistenlosgesetz bewilligt werden. Da die Gemeinde die Diensträume für diese Beamten stellt, der Mietpreis derselben inkl. Heizung in Höhe von 200 M., vom Präsidium aber nicht in Anrechnung gebracht wurde, müssen zwei Drittel des Mietpreises der Gemeinde zurückerstattet werden.

Wittenau.

Eine folgenschwere Gasexplosion hat sich in dem Hause Rosenhaller Straße 25 zugetragen. Der Gasmonteur Hermann Janke aus Berlin hatte in einer Wohnung eine Gaslampe angebracht und dabei die Kohle auf ihre Dichtigkeit hin abgeleuchtet. Während des anströmen einer undichten Stelle große Mengen Gas. Als J. auf der Leiter stand, die an den Deckenwänden angebrachten Gasleitungen abzuleuchte, erfolgte plötzlich eine Detonation und im nächsten Augenblick wurde der Monteur von der Leiter heruntergeschleudert. Das im Zimmer sich ansammelnde Gas war durch die brennende Lampe entzündet und auf diese Weise die Explosion herbeigeführt worden. J. wurde durch die Stichflamme getroffen und brannte bald lichterloh. Herbeieilende Hausbewohner löschten an ihm die Flammen und sorgten für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus. Auch drei Hausbewohner, die dem J. zu Hilfe geeilt waren, erlitten leichtere Brandwunden an den Händen und im Gesicht.

Briefkasten der Redaktion.

100. Zwei Wettende. Die Frage kann so im allgemeinen nicht beantwortet werden. Es kommt in wesentlichen auf die Art des Trudens an. — R. 27. 1. In Charlottenburg ist ein Gemeindevorstand nicht. 2. Auf dem Kirchhof der für den Wohnbezirk zünftigen Kirchgemeinde. 3. Unter bestimmten Bedingungen ja. — Alter Abonnent Streiberer Straße. Unter keinen Umständen dürfen Sie auf die Expressebriefe ein-

geben. Nehmen Sie die Briefe und senden Sie diese der Staatsanwalt-
schaft ein. Legen Sie die Verhältnisse dar, dann wird dem freien Vorkommen
das Handwort gelegt werden. — **H. 2. 10.** Deputation zur Verwaltung
des Gebäude-Belohnungs- und Unterstützungsfonds, Berlin O., Rathaus. —
H. 2. 21. Sie haben für das Jahr 1909 noch Kirchensteuer zu zahlen, nicht
aber für 1910. Sie müssen aber reklamieren unter Aufsicht Ihres Kirchleiters.
— **H. 2. 75.** 1. Anmeldungen Kinderstr. 2. 2. Bollen Sie sich gef. an
den Auerhaus "Bormarts", Stralau, Tummelstraße, wenden. — **Kobacs
Wels, Budapest.** Das ist eine private Sache, auch Sache des Lottes,
aber keine Parteiliche. Ein Genosse, der etwas auf sich hält, wird die
Finger davon lassen. — **N. 65.** 1. u. 2. Richten Sie Ihr Gesuch an den

Direktor des städtischen Gewerbeschulens, Herrn Ingenieur Grabowski, Groß-
beerenstr. 28, 3. Et. 3. Das Heim befindet sich Michaelkirchplatz 1, 2. Et. —
Süddeutsche. 1. Für die Wahlen zum Reichstage findet die direkte und ge-
heime Wahl Anwendung, Klassenwahl, aber nicht mit geheulenen Stimmen,
dafür aber mit öffentlicher Stimmenabgabe zum preussischen Landtag.
2. Schreiben Sie an den Genossen Hähnen, Arbeitersekretär in Guben.
— **H. 2. 66.** Schulen der angefragten Art finden Sie im Adreßbuch,
II. Teil, eine ganze Reihe verzeichnet. — **H. 2. 25.** Der Handels- und
Transportarbeiterverband, Berlin, Engelauer 15, hat eine Sektion für
Boutiers und Hausverwalter. — **O. 2. 100.** 1. und 2. Klein. 3. Na-
— **Schloffer 100.** Ihr Sohn muß sich mit der schriftlichen Erlaubnis des

Baters oder Vormundes und unter Beibringung einer polizeilichen Be-
scheinigung bei der Ersatzkommission des Landes seines dauernden Aufenthaltes
einen Reiseheim ausstellen lassen und dann sich damit unter Vorlegung
seines Geburtszeugnisses bei dem Kommando der Truppe melden, der er
freiwillig beitreten will. — **Charlottenburg 10.** Wiederholen Sie Ihre
Anfragen unter Beifügung Ihrer Abonnementquittung. — **Einigkeit.**
Boholm ist eine Insel in der Ostsee, einem Teile des dänischen Gebietes
Seeland, seit 1600 wieder mit Dänemark vereinigt. — **H. 2. 19.** 1. Das
kommt doch ganz auf Ihre persönlichen Verhältnisse an. 2. Geschmacksache,
über die wir nicht urteilen. — **Erdmann Diekmann.** Feltz — lateinisch,
Theophil — griechisch, Gottlieb — deutsch, Bogibmo — polnisch, Richtig.

Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Den Parteigenossen zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Mit-
glied, die Genossin
Pauline Stägemann
im Alter von 71 Jahren ver-
storben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Genfriedhofes
in Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
223/14 Der Vorstand.

Verein für Frauen und Mädchen
der Arbeiterklasse.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 5. Septem-
ber, verstarb unser langjähriges,
treues Mitglied, Frau
Pauline Stägemann
im Alter von 71 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Genfriedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 5. September verstarb
unser Mitglied, Frau
Marie Füllgraf
Martin Epshtr. 22.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, den 8. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes
in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
280/9 Der Vorstand.

Am Sonntag erkrankte senft
nach langem, schmerz-
reichen Leben
mein imiggelebter Mann und
süßgeliebter Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Pauer
August Sperling
im Alter von 50 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, vom Moabit-
Krankenhaus nach dem Johanns-
Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Pauer.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
August Sperling
am 4. September an Herz-Klappen-
erkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 9. September,
nachm. 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Moabit-Krankenhauses,
Birkenstr. 62, aus nach dem neuen
St. Johanns-Kirchhof, Wilmersdorf,
hinter dem Schützenhaus, statt.
Die Erlaubnis zum Sargen ist
verweigert worden. Die Beer-
digung findet statt ohne Prediger.
Um rege Beteiligung ersucht
134/16 Der Vorstand.

Zentralverband der
Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Albert Schenk
am 4. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. September, nach-
mittags 3 Uhr auf dem evan-
gelischen Gemeinde-Friedhof in
Hilberstr. statt.
Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schnell, sauber, Leinwand,
von 20 Mark an, Moritz Landau,
Neue Promenade 114 (Grenz-Str.)

Am Sonnabend, den 4. Sep-
tember, verstarb nach kurzem,
schmerz-
reichen Krankenlager unser
früherer Kollege
Gottlieb Theophil.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 5 Uhr von der
Leichenhalle des Heilig-Kreuz-
Kirchhofes in Mariendorf aus
statt. 13406
Die Kollegen und Kolleginnen
der Firma
Compansing Company.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kollege
Gottlieb Theophil
am 4. September an Nierenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 8. September,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Heilig-Kreuz-
Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, die Arbeiterin
Frida Günther
am 3. September an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
122/9 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten,
Kollegen und Kolleginnen sowie der
Firma Paul Hahn für die große Be-
teiligung und die vielen Kranzspenden
bei der Beerdigung meiner lieben,
unvergeßlichen Frau
Anna Ney
geb. Jhu
sagen wir hiermit unseren herzlichsten
Dank, insbesondere dem Gesangsverein
„Liedesfreundschaft“ für die gütige
Mitwirkung bei der Beerdigung.
Der trauernde Gatte
Hermann Ney
nebst Kindern.
23732

Frauen-Begräbniskasse
der in Schriftgießereien be-
schäftigten Arbeiter Berlins.
Freitag, 10. September, abends
6 Uhr, beim Kollegen P. Zimmermann,
Wilhelmstraße 2:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen-
bericht für das erste halbe Jahr 1909
und Bericht der Revisoren. 3. Ver-
schleßens.
Sämtliche Mitglieder sind hierzu
eingeladen.
283/4 Der Vorstand.

In Berlin u. Vororte
Wegen
seiner die
Gesundheit förd.
Eigenschaften selb.
Wohlgeschmacks u. heb.
Nährw. u. Versuch genügt.
Dr. Weill's Bittersalz-Bananen-Kakao
dauern zu verw. Besond. f.
Blutarm., Nervös., Gones.
Paket = 1/2, Pfd. 1 Mk.
Versand D. MADER
Berlin S.,
Prinzestr.
37.
jedes
Quantum frei Haus.

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Traueryarderohre
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Keine Mietskaserne,
sondern gemütliche, geschmackvolle
Zimmer u. doch billig! 2 u. 1 1/2
mit u. ohne Bad u. Balkon.
Raifer-Friedrichstraße 78/79
zu Hilberstr. Bei zweijährigem
Kontrakt 1 Monat frei.

Landtagswahl.

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Freitag, den 10. September, abends 8 Uhr:

- | | |
|--|--|
| 5. Landtags - Wahlbezirk.
Ganssowei, Kottbuser Str. 6. | 7. Landtags - Wahlbezirk.
Prachtsäle des Ostens, Frankf. Allee 151/52. |
| 6. Landtags - Wahlbezirk.
Keller (Freyer), Köpenicker Str. 29. | 12. Landtags - Wahlbezirk.
Prachtsäle Nordwest, Wickestr. 24. |

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Referenten: Die Kandidaten der Kreise
Borgmann, Heimann, Hirsch, Ad. Hoffmann.

2. Freie Diskussion.
Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Um rege Agitation ersuchen
Die sozialdemokratischen Wahlkomitees.



Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute, Mittwoch und folgende Tage:
Gr. bayerisches Volksfest.
Der berühmteste Festwitz
Schorsch Ehrengreber
mit seiner Originaltruppe (60 Pers.) aus München.
Extra stark gebrautes Bier wird von 25 Lager.
Rab'n serviert. Bei unangenehmer Witterung im
großen Saal. Tanztruppen.
Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf. Colport. 5. Gültig.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wondt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugskarten
haben wochentags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

Bauschule u. Technikum.
Berlin C., Wülfstr. 7.
errichtet 1890.
Hoch- und Tiefbau (4 Semester).
Eisenbetonbau!
Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler
und Schlosser.
Tages- und Abendkurse.
Programme kostenlos durch die
10792*
Direktion.



Einladung
zur
Eroffnung
der
Herbstsaison 1909

Die schönsten Originalmodelle
in Plüsch-, Pelz-, Eskimo-, Astrachan-, Tuch-Konfektion,
Fasson Herbst 1909
nur bis Ende dieser Woche zum Teil für die Hälfte des Wertes!
Ueberzeugen Sie sich, bitte, von der Vielseitigkeit meines Angebotes
möglichst in den Vormittagstunden. Nachmittags ist der Andrang zu stark!
Wichtig für Damen von starker Figur: Großes Lager speziell in weiten Größen!!
Meine Spezialfabrikate: Mäntel, Paletots, Uebergangsmäntel, Jacketts
in allen nur erdenklichen Stoffen und Macharten.
Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen neuester Mode-
richtung
Eigenes Erzeugnis!!!
Original-Wert bis M. 15.— bis M. 30.— bis M. 50.— bis M. 80.— b. M. 120.— neu bis M. 700.—
b. Ende d. Woche. Teil nur 7 1/2, nur 15.— nur 25.— nur 40.— nur 60.— z. Teil nur 350.—
Gratis bei Einkauf schon von 12 M. an: Stoff zu einem feinen **Bordürenrock!**
Die Restbestände der diesjährigen Sommer- für jeden Preis, der an-
saison (ca. 1000 Stück), darunter hochfeine, wirklich schicke Fassons nähernd akzeptabel ist!

Achten Sie gefälligst genau auf die Firma
Westmann's Spezial-Konfektionshaus
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115
kein Eckhaus, 2tes Haus von der
Jerusalemstraße.
kein Eckhaus, 2tes Haus von der
Andreasstraße.

